

Fernsprecher:
Redaktion 21366 - Geschäftsstelle 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 14787

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden - U. 16. Holbeinstr. 46

Sächsische
Volkszeitung

Wegzugspreis: Vierteljährlich inkl. Post Ausgabe A mit Illustrierter Beilage 12,75 M. Ausgabe B 11,25 M
einzeljährlich Postbestellgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Festschrift 1,40 M., im Restamt 3,50 M., Familienanzeigen 1,30 M. - Für unbeschränkt gedruckene, sowie durch
Fernsprecher angegebene Einzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Der erste Mai

Morgen demonstrieren die Sozialisten aller Richtungen
niederum für die Völkerverbrüderung, für die Völ-
kerfriede, für den Völkerfrieden. Wie viel
sozialistische Richtungen, die sich untereinander auf das Schärfste
betämpfen, in Deutschland morgen den Völkerfrieden durch
Anzüge, Versammlungen und Festlichkeiten, begehen werden,
läßt sich nicht genau feststellen. Wenn man aber die kleineren
Richtungen abzieht, dann sind es drei sozialistische Parteien, die
in erster Linie dafür in Frage kommen. Wie überall, so feiern
sie auch bei uns in Sachsen den 1. Mai getrennt. Nur in
Chemnitz, wo der neue Herr Wirtschaftsminister Fellsch regiert,
haben sich die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zur
gemeinsamen Feier zusammengefunden, um dem Aufzuge zur
Verbrüderung, den der bisherige Wirtschaftsminister Schwarz
neulich in der „Chemnitzer Volksstimme“ erlassen hat, Nachdruck
zu verleihen. Die unabhängigen Sozialdemokraten waren in
Chemnitz zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken.
Die Politik des Herrn Fellsch gibt ihnen erst wieder das nötige
Relief. Tatsächlich ist ja ein wesentlicher Unterschied zwischen
der Chemnitzer Richtungslosigkeit des Herrn Fellsch und der
Politik der unabhängigen Sozialdemokratie nicht mehr zu ver-
spüren. Allerdings ist es auch den Bemühungen des Herrn
Fellsch noch nicht gelungen, die Kommunisten zu händigen und
sie zum gemeinsamen Vorgehen bei der Maifeier und ähnlichen
mehr oder weniger zeitgemäßen Demonstrationen zu veranlassen.

Diese Mai feiern nehmen sich besonders gut aus in diesem
Jahre angesichts unserer außenpolitischen Lage. Am
1. Mai sollen bekanntlich die Sanktionen, d. h. die Wirtschaftsan-
nahmen der Alliierten in vollem Umfange in Kraft treten und
wir wissen am Vorabend dieses Tages noch nicht, wie sich die
Dinge entwickeln werden. So viel aber wissen wir, daß die
Arbeiterchaft der Entente ernsthaft gar nicht daran denkt, etwas
für die Völkerverbrüderung und für die Völkerverbrüderung zu
tun. Auch die sozialdemokratische Arbeiterchaft der alliierten
Mächte erhebt keinen Einspruch ernstzunehmender Natur gegen
diese Gewaltmaßnahmen, und alle Hoffnungen, welche manche
Hoffnungen bei uns und auf den englischen Vergarbeiterstreik setzen,
sind zusammengebrochen. Erneut erleben wir das Schauspiel,
daß auch der sozialdemokratische Arbeiter der Entente in erster
Linie Franzose oder Engländer und erst in zweiter Linie Sozial-
demokrat ist, während wir bei uns nach wie vor leider das Gegen-
teiler erleben müssen. Von allzugroßer politischer Reife zeugt
das gerade nicht.

Unter diesem Gesichtswinkel muß auch die politische
Lage in Sachsen betrachtet werden. Wir haben eine Klas-
senregierung und der Einfluß der Richtung Fellsch hat es
zumeist gebracht, daß auch die mehrheitssozialdemokratische Frak-
tion an dem Klassencharakter der Regierung feilt. Die Kommu-
nisten, die sich im sächsischen Landtag in den letzten Wochen abge-
spielt haben, sind hier an dieser Stelle genügend erdriert worden.
Zudem sind die Verhältnisse, wie wir sie hier in
Sachsen haben, einzig da. Das Organ der Kommuni-
sten, „Der Kämpfer“, warf in diesen Tagen die Frage
auf, warum die Kommunisten nicht mitstimmten, diese Regie-
rung zu beistimmen. „Der Kämpfer“ erklärt: „Wir erwarten
von dieser Regierung nichts und trotzdem sind wir der Ansicht,
diese Regierung müßte noch bestehen bleiben.“ Das kommunisti-
sche Blatt führt weiter aus, es glaubten noch „große Teile der
Arbeiter daran, diese Regierung werde ihnen helfen und dieser
Glaube kann ihnen nicht besser genommen werden, als durch
die Tat dieser Regierung selbst.“ Dann fährt das kommunistische
Blatt wörtlich folgendermaßen fort:

„Wenn in den nächsten Wochen die Interne unter
den Auswirkungen des weißen Schreckens, unter der Wirkung
der Sanktionen die Arbeitszeit verlängern, die Löhne kürzen,
Dunderte von Arbeitern entlassen, wenn dann diese Regierung
an dem Geschehen untätig und unfähig entgegensteht, dann
wird sie von selbst erliegen, dann aber auch wird die Aufgabe
erfüllt sein, die Illusionen der Arbeiter zu töten.“

Um die gegenwärtige Regierung zu stützen, deshalb stützt
also die kommunistische Fraktion diese Regierung. Und diese
Regierung klammert sich an ihren Stützen fest, trotzdem sie natür-
lich von diesen Erklärungen Kenntnis hat. Herr Ministerpräsi-
dent Lutz erklärte am Mittwoch im Landtag auf eine Anfrage
wegen der Stellung der unabhängigen sozialdemokratischen
Partei zur Diktatur des Proletariats, gewalttätigen
Bestrebungen zum Sturz der durch die Mehrheit des Volkswillens
geschaffenen Verfassung werde die Regierung wie bisher auch in
Zukunft entgegenzutreten. In Wirklichkeit wird eine Regierung,
die sich auf die kommunistische Partei stützt und stützen muß,
dazu ja gar nicht in der Lage sein. Aus der Erklärung der
Kommunisten im „Kämpfer“ ist auch nicht zu ersehen, wie

irgendwie selbst innerhalb der sozialistischen Parteien der Völ-
kerfriede, die Völkerverbrüderung und die Völkerverbrüderung
durchgeführt werden sollen.

Angesichts des Klassencharakters, der der gegenwärtigen
Regierung den Stempel aufdrückt, ist es eigentlich selbstverständ-
lich, daß die nichtsozialistischen Parteien die Bewilligung
der Ministergehälter verweigern. Der Verwirrung,
welche diese Tatsache zuerst bei den Regierungsparteien hervor-
rief, hat nunmehr das Bestehen Platz gemacht, die Ab-
stimmung über diese Ministergehälter auf einen den Regierungs-
parteien genehmen Zeitpunkt zu verschieben. Mit 43 gegen 42
Stimmen ist am letzten Mittwoch beschlossen worden, die Ab-
stimmung auf den 4. Mai festzusetzen und dann den Landtag
bis zum 24. Mai zu verlagern. Die Tatsache, daß einige nicht-
sozialdemokratische Abgeordnete am nächsten Mittwoch verhindert
sind, an den Landtagsberatungen teilzunehmen, ist von den so-
zialistischen Parteien nicht berücksichtigt worden. Es darf aller-
dings dabei nicht unerwähnt bleiben, daß auch am besprochenen
Mittwoch bei der Abstimmung über die Arbeitsentlohnung des
Landtages wiederum fünf nichtsozialistische Abgeordnete ge-
hindert waren. Wir geben gerne zu, daß die heutigen Verhältnisse einen
unvermeidlichen Zustand darstellen, daß ein Parlament so, wie heute
die Dinge im Landtag liegen, auf die Dauer angemessene Arbeit
überhaupt nicht leisten kann. Nichtsdestoweniger muß doch ein-
mal ausgesprochen werden, daß man den Eindruck nicht los
wird, als ob es vor allem bei den beiden Rechtsparteien doch
manchmal an der Erkenntnis der Wichtigkeit dessen, was auf dem
Spiele steht, fehlen würde. Das gilt zweifellos vornehmlich für
einzelne Mitglieder der nichtsozialistischen Parteien. Wir be-
kennen uns, daß wir die Schwierigkeiten, die hier vorhanden
sind, nicht verkennen, aber diesen Schwierigkeiten muß Rechnung
getragen werden, und es müssen selbst Opfer gebracht werden,
um über solche Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Wir haben oben gesehen, daß die Kommunisten es offen
ansprechen, wie sehr sie auf die Wirkungen der Sank-
tionen rechnen. Die Kommunisten arbeiten also Hand in
Hand mit den Alliierten, tun das deshalb, weil sie
glauben, dadurch schneller zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Not
des Volkes benutzen sie zu dem Versuch, die Herrschaft an sich zu
reißen. Daß ihnen das nicht gelingen wird, liegt auf der Hand.
Aber andererseits läßt sich nicht an der Tatsache rütteln, daß
ihnen in Sachsen Vorkant geleistet wird durch die gegenwärtige
Konstellation. Nicht Klassenhass, nicht Klassenregiment können
eine Besserung der Verhältnisse schaffen. Das kann nur auf
dem Wege des Ausgleichs und der Verständigung geschehen.
Darauf hin zu arbeiten, in diesem Sinne aufläuternd zu wer-
ken, besonders auch unter dem Gesichtswinkel der sozialistischen
Maifeier, muß die Aufgabe aller dieser sein, die erkannt haben,
daß nur durch eine gesunde Politik der Mitte eine Besserung
der Verhältnisse zu erwarten ist. Das mühen vor allem auch die
Bedenken, welche in Sachsen gegen die gegen-
wärtige deutsche Reichsregierung sich ergehen.
Man mag sachliche Kritik üben, dagegen wird niemand etwas
einzuwenden haben, aber mit Bitterkeit wird nur den Sozial-
isten und den Anhängern der Diktatur gedient. In dieser Hin-
sicht war es von Interesse, daß in dieser Woche ein unabhängiger
Sozialist im Landtag sich auf das deutschsprachige
Wochenblatt die „Sächsische Landeszeitung“
berufen konnte. In dieser „Sächsischen Landeszeitung“, diesem
deutschsprachigen Wochenblatt, war in Nr. 17 vom 24. April der
Satz zu lesen: „Die Erklärung, die die beiden (gemeint sind
Berthold und Simon) ohne das deutsche Volk zu fragen, ab-
gegeben haben, ist eine Schandtat ersten Ranges, die in der
Weltgeschichte seines Gleichen sucht.“ Weiter war dort die Rede
von „händischer Demut“, und dieser Artikel des deutschsprachigen
Blattes schloß mit dem Satz: „Wir wünschen nur, daß der
Eiserne Reichskanzler Herr Bismarck aus seiner Kraft im
Sachsenwalde heraussteige und die ganze jammervolle Gesell-
schaft, die Deutschlands Ehre verhöhnt, mit den Köpfen zu-
sammenstöße.“ Mit solchen Ergüssen ist ebensowenig gebietet,
als wie mit den Verbrüderungsfeiern des 1. Mai. Man beachte
in dieser Hinsicht, daß einer der Führer der Deutschen Volkspartei,
der Abg. Dr. Stresemann, am Donnerstag dem deutsch-
nationalen Helfreich gegenüber erklärt hat, Helfreich solle nicht
vergessen, daß der größte preussische Staatsmann zu Beginn
des vorigen Jahrhunderts alle Mittel, selbst solche der Untertänig-
keit, nicht gescheut hat, um Napoleon zum Nachgeben zu be-
wegen. Vergessen wir nicht, so tief Stresemann aus, daß auch
die gegenwärtige Politik herausgeborn ist aus der Situa-
tion und von jeder Regierung, welcher Partei sie auch angehört,
die Lösung schwerer Aufgaben verlangt. Dem kann man nur
zustimmen. Durch Auslassungen aber, wie sie die deutsch-natio-
nale „Sächsische Landeszeitung“ und andere Organe dieser Art
betreiben, wird nur dem Agitationsbedürfnis der sozialistischen
Parteien gedient. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß

doch immerhin weite Kreise der Arbeiterchaft, und zwar schon
tief hinein in bisher sozialistische Kreise, die Erkenntnis von der
Urdurchführbarkeit der sozialistischen Inter-
nationalen gewonnen haben. Diese Erkenntnis kann nur
dadurch gefördert werden, daß wir die gesunde Politik der Mitte,
wie sie vom Zentrum getrieben wird, weiter fortführen. Nur
dann wird es möglich sein, die kommende schwere Zeit zu über-
winden, nur dann aber wird es auch möglich sein, den sozia-
listischen Forderungen ein wirksames Barock zu bieten. hsl.

Um das Ruhrgebiet

Während im Reichstage unruhigste parteipolitische De-
batten unter dem Deckmantel der Besprechung der außenpoli-
tischen Lage Deutschlands die Geister entzweien, fielen im Rate
unserer Gegner die Würfel um das Schicksal des Ruhrgebietes.
Die Okkupation dieser mächtigsten Produktionsbasis, über die
Deutschland verfügt, scheint schon nicht mehr vermeidlich. Der
ganze proteste Zustand unserer Parteielands und die unsagbar
geringe Kenntnis über die Wirkung innerpolitischer Vorgänge
auf die außenpolitischen Zusammenhänge traten gerade in diesen
Tagen wieder in einem Eindruck in die Erscheinung, der alle,
die es wohl meinen mit Land und Volk, niederschmettern mußte.
Nicht Parteipolitik, sondern Volks- und Staatspolitik hätten in
diesem Augenblick das Wort führen müssen!

Die ganze Weltpolitik dreht sich im Augenblick um das
Ruhrgebiet. Die neuen deutschen Vorschläge werden von dem
Hauptgläubiger Frankreich, das mit 52 Prozent an der Forde-
rung beteiligt ist, als unannehmbar bezeichnet. In England
geht man nicht soweit, hält aber doch die gegenwärtigen deutschen
Vorschläge wegen der Unbestimmtheit einzelner Punkte nicht
geeignet für eine neue Verhandlungsbasis. Amerika betrachtet
unter diesen Umständen seine Mission als gescheitert. Aus
Frankreich erklingen auch schon die Stimmen, daß, möge Deutsch-
land sich anstrengen, wie immer es wolle, mehr es neue Vor-
schläge, welche es immer auch seien, unterbreiten, die Aufhe-
bung unbedingt erfolgen würde. Auch wenn Deutsch-
land in letzter Stunde befriedigende Vorschläge mache, würde es
Forderungen und Garantien geben, und diese könnten nur in der
Bestätigung des Ruhrgebietes erfüllt werden, und Brand hat
vor Pariser Pressevertretern erklärt, wenn man das Ruhrgebiet
habe, hätte man das wichtigste und wirksamste Mittel in der
Hand, denn man hätte damit den „Mittelpunkt des imperialisti-
schen und reaktionären Deutschlands, den Mittelpunkt seiner Hoch-
finanz und seiner Milliarden“, zerstört. Man würde sich aber
irren, wenn man glauben wolle, daß es den Franzosen in
erster Linie auf Wirtschaftszwecke ankommt, freilich würde die
Aufsichtigung eines solchen und Organismus Frankreichs im
Herzen von Europa die wirtschaftliche Stellung Frankreichs auf
dem Weltmarkt ganz außerordentlich stärken und nicht zuletzt
die englische Wirtschaftsbasis in der Erz- und Kohlenfrage be-
grenzen, aber das letzte Ziel für die Franzosen ist doch immer
wieder das politische.

Jetzt wird es sich in letzter Stunde um die Entscheidung
handeln müssen, ob diese Völkerverbrüderung des Ruhrgebietes noch
verwirklicht werden kann oder nicht. Wir hören sowohl von
England wie auch von Frankreich, daß auch jetzt wieder die Auf-
nahme des deutschen Angebotes in Gestalt der Vorbereitung von
50 Goldmilliarden Reichtum sehr ernsthaft und vor allem ver-
stärkt habe. Auch wir konnten uns von dieser festlan-
dlichen Methode angesichts des Milliardenangebotes der Gegner
nicht viel versprechen, aber es muß doch hinzugefügt werden, daß
bei dem jetzigen Angebot Deutschlands die Verwirklichung für eine
Zahlung von 200 Milliarden, in Annuitäten zerlegt, anerkannt
hat. Von den Pariser Forderungen ist man damit nur noch um
26 Milliarden entfernt. Freilich ist das entscheidende der Zins-
fuß, den Deutschland mit „zurück“ nicht höher als 4 Prozent
bestimmen zu können glaubt. Im Friedensvertrage sind für die
Schuldhändler 5 Prozent festgelegt. Was die Aufhebung an-
geht, so ist es allerdings selbst den Alliierten nicht möglich, heute
unter 8 Prozent ihre eigenen Anleihen unterzubringen. Die
Dauerdifferenz, die aber abwaltet, betrifft die Ableistung der am
1. Mai fälligen 20 Milliarden. Deutschland hat bisher geltend
gemacht, daß diese 20 Milliarden durch die Vorleistungen abge-
tragen seien. Die Entente wollte nur 8 Milliarden als vorge-
schrieben anerkennen. Um die Differenz zu untersuchen, hat
Deutschland die Einsetzung einer Sachverständigenkommission vor-
geschlagen, fiel aber damit ab. Man scheint inzwischen aber auch
in deutschen maßgebenden Kreisen zu der Aufschonung gekommen
zu sein, daß hier eine nicht unerhebliche Differenz abwaltet.
Es erscheint uns nun dringend geboten, daß gerade über diese
Differenz so rasch als möglich eine Entscheidung herbeigeführt
wird bzw. daß Deutschland unverzüglich, und zwar am besten
direkt, an den in London jetzt zusammentretenden Obersten Rat
erklärt, eine solche ihm nachgewiesene Differenz alsbald aus-
zugleichen zu wollen. Diesem Angebot müssen auch die ent-
sprechenden Garantieverträge beigegeben sein. Würde das ge-
schehen, dann würde auch der letzte Grund für eine gewalttätige
Besetzung des Ruhrgebietes wegfallen. Zum zweiten müßte
erklärt werden, daß über die Reparationsfrage selbst auf Grund
der jetzigen neuen deutschen Vorschläge bzw. ihrer Umarbeitung
in ruhiger sachgemäßer Verhandlung eine Entscheidung herbei-
geführt wird. Dabei würde man sich zweckmäßig der amerika-
nischen Vermittlung nach wie vor bedienen müssen, falls es durch
den Gang der Dinge — und diese Gefahr liegt unmittelbar vor
— bis dahin auch noch dieser Weg nicht verbaut worden wäre.

Das Ruhrproblem ist heute Kernpunkt der gesamten Welt-
politik. Der französische Imperialismus raßt und will kein
Opfer haben!



Minister Simons und die „Germania“

Außenminister Dr. Simons ist in seiner neuesten Parliamentsrede vom Donnerstag noch einmal auf die schweren Anschuldingen zurückgekommen, die er am Montag gegen die „Germania“ ausgesprochen hat.

„Wegen der Verhandlungen mit Amerika ist uns vorgeworfen worden, daß wir so wenig Vorführer ausgeführt hätten, ob unser Appell auf einen günstigen Boden fallen würde.“

„Dazu schreibt nun die „Germania“ (Nr. 221) folgenden: „Wenn wir diese wörtliche Wiedergabe der neuen Erklärung des Außenministers aus dem Diplomatischen ins Deutsche übersetzen, so heißt das, daß Dr. Simons unseren Feststellungen nichts entgegenzusetzen hat.“

„Es ist das eine notwendige Ergänzung seines Forschens nach den Indiskretionen. Daß solche vorgekommen sind, und nicht nur bezüglich der vatikanischen Aktion, ist leider nur zu zutreffend.“

„Es ist das eine notwendige Ergänzung seines Forschens nach den Indiskretionen. Daß solche vorgekommen sind, und nicht nur bezüglich der vatikanischen Aktion, ist leider nur zu zutreffend.“

Zum Zentrums-Jubiläum

„Die Formel, in welche Abgeordnete Versteinerer das derzeitige Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum gefaßt hat, wird wohl die Zustimmung in den weitesten Kreisen der Bayerischen Volkspartei finden.“

„Die Formel, in welche Abgeordnete Versteinerer das derzeitige Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum gefaßt hat, wird wohl die Zustimmung in den weitesten Kreisen der Bayerischen Volkspartei finden.“

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen

„Im Reichstage ist von sämtlichen Parteien von der äusseren Rechten bis einschließlich der Wehrheitssozialdemokraten ein Antrag eingegangen, nach welchem das selber schon beschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen durch folgende Bestimmungen erweitert wird.“

„Auf das Verfahren finden die Vorschriften des § 5 Absatz 8/4 und des § 6 des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 (Reichsgesetzbl. S. 8125) entsprechende Anwendung.“

Weiterberatung des Jugendwohlfahrts-Gesetzes

Der 29. Ausschuss des Reichstages zur Beratung des Jugendwohlfahrts-Gesetzes hielt wieder eine weitere Sitzung ab. Im Hinblick auf die weite Ausgestaltung des Gesetzes erhaben der Reichsfinanzminister sowohl wie ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums erhebliche finanzielle Bedenken.

„müsse auch im Hinblick auf die außenpolitische Lage in beschleunigtem Rahmen gehalten und der freien Liebesfähigkeit nach wie vor gedehnter Spielraum gelassen werden.“

Aus dem Reichstage

„Nach der großen Aussprache über die auswärtige Politik und Erklärungen des Reichsfinanzministers war am Freitag im Reichstage das Interesse stark abgeklungen.“

„Reichsminister Koch erklärt, auf die maßlosen Angriffe des Vorredners nicht antworten zu wollen. Das Urteil darüber, daß sich hier ein Redner der Kommunisten befindet, und obwohl alle Verhältnisse und Zusammenhänge doch zur Genüge bekannt sind, so wie, als ob seine Partei schuldlos und ein Opfer der Sünde sei, überlasse er dem Hause.“

„Reichsminister Koch erklärt, auf die maßlosen Angriffe des Vorredners nicht antworten zu wollen. Das Urteil darüber, daß sich hier ein Redner der Kommunisten befindet, und obwohl alle Verhältnisse und Zusammenhänge doch zur Genüge bekannt sind, so wie, als ob seine Partei schuldlos und ein Opfer der Sünde sei, überlasse er dem Hause.“

„Reichsminister Koch erklärt, auf die maßlosen Angriffe des Vorredners nicht antworten zu wollen. Das Urteil darüber, daß sich hier ein Redner der Kommunisten befindet, und obwohl alle Verhältnisse und Zusammenhänge doch zur Genüge bekannt sind, so wie, als ob seine Partei schuldlos und ein Opfer der Sünde sei, überlasse er dem Hause.“

„Reichsminister Koch erklärt, auf die maßlosen Angriffe des Vorredners nicht antworten zu wollen. Das Urteil darüber, daß sich hier ein Redner der Kommunisten befindet, und obwohl alle Verhältnisse und Zusammenhänge doch zur Genüge bekannt sind, so wie, als ob seine Partei schuldlos und ein Opfer der Sünde sei, überlasse er dem Hause.“

„Reichsminister Koch erklärt, auf die maßlosen Angriffe des Vorredners nicht antworten zu wollen. Das Urteil darüber, daß sich hier ein Redner der Kommunisten befindet, und obwohl alle Verhältnisse und Zusammenhänge doch zur Genüge bekannt sind, so wie, als ob seine Partei schuldlos und ein Opfer der Sünde sei, überlasse er dem Hause.“

Wahnwitzige Unerfahrenheit

„Paris, 29. April. Der Senat schritt heute vormittag zur Besprechung der vorläufigen Haushaltsprojekte, soweit Ausgaben in Betracht kommen, welche von Deutschland zu vergüten sind.“

„nicht Worte. — Die Vorlage wurde sodann in ihrer Gesamtheit mit 811 Stimmen einstimmig angenommen.“

Brands Höhe

„Paris, 29. April. Briand hat gestern Abend die amerikanischen Journalisten empfangen und ihnen erklärt, daß deutsche Abkommen sei vollkommen unannehmbar.“

Die 132 Milliarden Goldmark

„Paris, 29. April. Der Petit Parisien berechnet, daß auf Grund des Verteilungsmittels, das die Alliierten untereinander verabredet haben, von den 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationskommission als die Verpflichtung Deutschlands festgesetzt hat, Frankreich 6884000000 Goldfrank zufallen.“

Frankreichs Heute

„München, 29. April. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlicht eine längere Hebericht über Frankreichs Kriegsbeute.“

Schlechte Aussichten in London?

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

„London, 29. April. Das Reutersche Bureau meldet: Während kein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger aufgenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat.“

Zur F... Berlin, 29... über die Bes... parationsverf... geliehen allier... gerichtlichen Sch... der Differ... Methoden der... lüdenhafte... hat sich bemü... beteiligten M... lagen zu er... ausreichenden... geringem Umf... blich in der... Stellungnahme... langweiliger... Rangelt an au... dann gelangen... Delegation au... Damit ist ihr... weis gelungen... hoch bewertet... Damit ist an... Schaden be... Die Reparatio... innerhalb der... Rechnungen d... Friedensvertra... heit zur Prüf... die deutsche R... and bedeutung... 10. 2 des Tri... Die Reparatio... enthalten die... reits bekannte... Goldmark, d... die Reparatio... deutschen Reg... Gelegenheits... am Freitag de... Regierung von... daraufhin ein... deutsche R... in der Dag... plan zu be... Ein... Paris, 29... Reparationsfor... Grunde, weil... nicht in der... fänden. Nach... Schuld nach... lang werden... gegen den v... Delegation... auch dem Brit... Gesamtstand... Goldmark, Ra... worden sei... Paris, 29... Reichsminister... eine dringende... Frist 42 Jah... nehmen sollte... deutschen Aus... Bestätigungen... Belgier legten... ein. Briand... nahmen betreu... manen ein... sie das vorge... schließlich wird... werden... London... Base in der... lauter, haben... Reichsleiter... Anordnungen... nlichen Regier... London... wird vom 2... Parade de... seiner Wärb... Schlachtfeld... schaften, in d... fälle der Be... Regierungen... dauern der F... keine Tribune... Paris, 29... Geme... heute militä... Brüffe... habes, ist der... Londo... vertiert der... Um... (Eigener... Fran... gen gefriger... neu schließl... Note Fran... gehalten. In... Teilnahme... Royal... Durchführun... militärisch... bettend und... Flugzeug... rufstand wie... Papierfabrik... Die Flugbr... drakens wird... Anwesenheit... Pud Getreid... Vertrie... fische Som... angereicht... Groß-Berlin... lassen, da es... begangen sa... gang bestim... nicht das W...



Zur Feststellung des Schadenertrages

Berlin, 29. April. In einer Note der Reparationskommission an die Reparationskommission vom 24. April über die Festsetzung des Gesamttrages der Reparationsverpflichtungen Deutschlands heißt es: Die von einzelnen alliierten Regierungen der Reparationskommission einreichenden Schadenerrechnungen enthalten in sehr vielen Fällen nur die Fiktion für einzelne Schadengruppen. Auch über die Methoden der Schadenermittlung und Abschätzung werden nur lückenhafte Angaben gemacht. Die deutsche Delegation hat sich bemüht, durch Besprechungen mit Sachverständigen der beteiligten Regierungen die mangelhaften Unterlagen zu ergänzen und sich damit die Möglichkeit zu einer ausreichenden Überprüfung zu verschaffen. Dabei hat sie nur in geringem Umfang Erfolg gehabt. Das ihr vorgelegte Material blieb in der Hauptsache für eine umfassende und systematische Stellungnahme unzulänglich. Auch soweit eine solche Stellungnahme an sich möglich war, hat die deutsche Delegation aus Mangel an ausreichender Zeit für die Bearbeitung nicht überall zum gelangen können. Unter diesen Umständen mußte sich die Delegation auf einzelne Verhandlungen beschränken. Damit ist ihre in einer beträchtlichen Zahl von Fällen der Nachweis gelungen, daß Schadenerträge nicht überschätzt oder zu hoch bemerkt oder mehrfach in Rechnung gestellt worden sind. Damit ist auch die materielle Zuverlässigkeit der Schadenerrechnungen ernstlich erschüttert worden. Die Reparationskommission hat zwar der deutschen Delegation innerhalb der kurzen Zeitdauer zwischen der Einreichung der Rechnungen durch die alliierten Regierungen und den durch den Friedensvertrag festgesetzten Termin nach Möglichkeit Gelegenheit zur Prüfung und Stellungnahme zu geben, trotzdem kann die deutsche Regierung nicht anerkennen, daß ihr in dieser überaus bedeutsamen Frage billiges Gehör im Sinne des Art. 232 Abs. 2 des Friedensvertrages von Versailles gewährt worden sei. Die Reparationskommission faßte ohne auf die in dieser Note enthaltenen Einwendungen einzugehen, am 27. April den bereits bekannten Beschluß, wonach die Höhe der Schuld, für welche Deutschland Ersatz schuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt wird. Dubois teilte außerdem mit, die Reparationskommission würde auch den Zahlungsplan der deutschen Regierung notifizieren. Sie wolle aber dieser zuvor Gelegenheit zur Weigerung geben. Dies sollte in der Sitzung am Freitag den 29. April geschehen. Auf Prüfung der deutschen Regierung vom 28. April ist seitens der Reparationskommission bereits eine schriftliche Erklärung überfandt worden, daß der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission nicht in der Lage sei, am 29. April über den Zahlungsplan zu verhandeln.

Ein Beschluß gegen den Willen Frankreichs

Paris, 29. April. Die „Globe“ schreibt: Die Reparationskommission beschloß, daß gegen Deutschland aus dem Grunde, weil es bis zum 1. Mai die 20 Milliarden Goldmark nicht bezahle, Sanktionen nicht angewendet werden könnten. Nach dem Wortlaut des Beschlusses können für die Rückzahlung nach § 235 des Versailler Vertrags nur veräußerbare Vermögensgegenstände beschlagnahmt werden. Diese Fiktion der Reparationskommission ist gegen den verweifelten Widerstand der französischen Delegation gefaßt worden. Das gleiche Blatt stellt fest, daß es auch dem britischen und italienischen Druck zu verdanken sei, daß die Reparationskommission durch die Reparationskommission auf 132 Milliarden Goldmark, statt wie vorgeschlagen, auf 180 Milliarden festgesetzt worden sei.

Ein englischer Vorschlag

Paris, 29. April. Das selbst aus London: Der englische Außenminister hat gestern vorgeschlagen, an die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten, mit einer Woche Frist 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark anzunehmen sowie veränderliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Produktion. Von dieser Beschränkung der Zahlungen sei die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt worden. Seine Ausführungen betrafen die Zahlungsfrage auf das letzte Jahr. Die Vorkriegszeit ist für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein Vorbild. Die deutsche Regierung wird morgen die Notwendigkeit unverzüglicher Maßnahmen betonen. Erst in der Folge könnten die Verhandlungen einen letzten Schritt der Verständigung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum an Deutschland richten. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen dann auch zum Schluß angewandt werden.

Unannehmbar?

London, 29. April. Reuter meldet aus Washington: Die Lage in der Reparationsfrage scheint unverändert zu sein. Wie verlautet, haben der britische, der französische und der belgische Reichsminister gestern in London eine gemeinsame Erklärung abgegeben, daß die deutsche Kurdehler unannehmbar erweise. Von der japanischen und italienischen Regierung sind noch keine Andeutungen gegeben worden.

Amerikanische Flottenparade

London, 29. April. Aus Old Point Comfort in Virginia wird vom 28. d. M. gemeldet: Präsident Harding hielt eine Parade der amerikanischen atlantischen Flotte von seiner Präsidentenresidenz aus ab. Daraus begann er sich auf das Schlachtschiff Pennsylvania und hielt eine Ansprache an die Mannschaften, in der er erklärte, er hoffe, daß niemals wieder im Ernstfall der Befehl ergehen werde, daß Schiffe feuern. Wenn alle Regierungen wie die der Vereinigten Staaten wären, dann würde dauernder Frieden herrschen. Amerika wolle keine Gebiete und keine Tribute. Amerika wolle nur das, was ihm rechtlich zustehe.

Vor der Konvention

Paris, 29. April. Briand ist in Begleitung von Marichal Koch, General Besognot und Bertelot und der Sachverständigen heute mittig nach London abgereist. Brüssel, 29. April. General Magline, Chef des Generalstabes, ist heute vormittag nach London abgereist.

Der englische Streik

London, 29. April. Durch den Ausbruch der Bergarbeiter verliert der englische Schatz 2 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Um den Anschluß an die Sanktionen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Prag, 30. April. Der Ministerrat tagte während des ganzen gestrigen Tages, um sich über den Anschluß an die Sanktionen schlüssig zu werden. Die Beratungen, die durch die neue Note Frankreichs nötig geworden sind, werden streng vertraulich gehalten. Man nimmt an, daß die Tschechoslowakei die Teilnahme an den Sanktionen vorbereiten wird.

Sowjetnot und Unvergleichlichkeit

Reval, 29. April. Die russische Sowjetregierung hat zur Durchführung des neuen Transportplanes 21 Eisenbahnwerkstätten militarisiert, darunter die Sormowo-Werke mit 12000 Arbeitern und die Wyssnitski-Werke mit 10000 Arbeitern in Ussim-Novgorod. Die Wirtschaftsministerin berichtet, daß in Sowjetrussland vier Gemische, eine Streckholzfabrik, 12 Glas- und 18 Papierfabriken wegen Brennstoffmangels geschlossen werden mußten. Die Nahrungsmittelversorgung der Arbeiter des Donetz-Kohlenbeckens wird immer schlechter. Statt der für die dortigen Arbeiter, Angehörige und Offiziere monatlich erforderlichen 2 Millionen Rubel Getreide wurden im April nur 400000 Rubel geliefert.

Berlin, 29. April. Wie die Note France meldet, hat die russische Sowjetregierung eine Anzahl deutscher Staatsangehöriger als Geiseln für den verhafteten Vorsitzenden der Groß-Berliner Organisation der R. V. D., Fricke, festgenommen lassen, da er die ihm zur Last gelegten Taten nicht als Privatperson begangen sondern als Kommissar der russischen Regierung gang bestimmte Aufträge ausgeführt habe, über welche zu urteilen, nicht das Amt der deutschen Behörde sei.

Gegen polnisches Spitzeltum

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Danzig, 30. April. Die Hafenarbeiter von Reu-fahrwasser, 3000 an der Zahl, haben die Arbeit niedergelegt als Protest dagegen, daß polnische Kriminalbeamte mit Hilfe der Polizei festgesetzt haben, daß für Polen bestimmte Gegenstände von Schutzgegnern gestohlen worden sind und mehrere Arbeiter aufgefördert wurden, davon herrührende, von ihnen gestohlene Schuhe auszuliefern. Es handelt sich dabei um ehemalige deutsche Militärbesitzer. Die Hafenarbeiter verlangen die Entfremdung der polnischen Kriminalbeamten.

Eberts Dank für Hoover

Berlin, 29. April. Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der American Relief-Administration European Children Fund Robert Hoover, Sekretär of Commerce, folgende Dankworte:

Sehr geehrter Herr Hoover! Mit Bedauern habe ich vernommen, daß die amerikanische Relief-Administration beschlossen hat, den Verkauf der Lebensmittelfuhr eine mit Ende April und die Ablieferung von Nahrungsmitteln aufzulassen mit Ende Juli d. J. einzustellen. Damit geht ein Wert aufrechtlicher Menschlichkeit, das Sie in Europas schwerster Zeit ins Leben gerufen haben, seinem Abschluß entgegen. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen bei dieser Gelegenheit den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes für die Hilfe auszusprechen, die Sie zahlreichen notleidenden Familien in Deutschland geleistet haben. Sie haben es durch Ihre musterartige Organisation verstanden, den Weg zu weisen, auf dem die Notleidenden der Notwendigkeit, die in der amerikanischen Nation ruhen, in die Tat umgesetzt werden können. Das deutsche Volk wird das große unter Ihrem Namen in der Welt bekanntgewordene Vorkommen nicht vergessen. Die Waide der Menschlichkeit, die aus den Liebestaten der Völker in schwerster Not geknüpft worden sind, werden sich immer fester schließen und dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern und die Welt zur Befriedung und Gerechtigkeit zu bringen, deren Sie dringend bedürftig sind. Indem Sie an dieser aufbauenden Tätigkeit mitgewirkt haben, haben Sie sich ein Verdienst um die Menschlichkeit erworben, das weit über die Zeit der Tätigkeit Ihrer Organisation hinausreichen wird. Wenn ich mich diesen Anlaß, um Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigsten Hochachtung zum Ausdruck zu bringen, bediene, so sei es Ebert.

Die lästigen Ausländer

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 30. April. Die aus parlamentarischen Kreisen verlaute, daß dem preussischen Staatsministerium eine Denkschrift über die Erfassung der in Preußen lebenden Ausländer, es soll, da die Zahl der Ausländer ständig wächst, einmal Klärung geschaffen werden, wie viele Ausländer sich in Preußen aufhalten und auf Grund welcher Legitimationen sie die Aufenthaltserlaubnis genießen.

Aus dem Reichskabinett

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 30. April. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Reparationsfrage. Man sprach eingehend über die Reparationsfrage und auch über das, was geteilt wurde, um einen Abbruch der Verhandlungen mit Amerika zu verhindern, auch die Östfragen, besonders über die Lage in Oberschlesien wurde gesprochen.

Ein bevorstehender Neulernen-Swapsel?

Berlin, 30. April. Die „Voss Zeitschrift“ weiß von einem Nichtentscheid des Außenministers Dr. Simons zu berichten, daß dieser am vergangenen Sonntag vor Abgang der Reise an die amerikanische Regierung dem Reichsminister Lehrenbach überreicht habe. Der Reichsminister habe Minister Dr. Simons jedoch erwidert, auf die Entscheidung seines Ministeriums könne er nicht antworten, bis eine entscheidende Antwort aus Washington eintrifft sei. Da diesem Ministerium Dr. Simons mitteilt, hat er bis zur Stunde das Ministerium des Außenministers dem Kabinett noch nicht vorgelegt worden. Wie das Blatt zu wissen glaubt, ist aber damit zu rechnen, daß der Minister Dr. Simons von der Leitung des auswärtigen Amtes in den nächsten Tagen ein vollendetes Entschreiben werden wird. Da der Reichsminister Lehrenbach mit Dr. Simons sich vollständig erklärt habe, sei die Demission des Außenministers gleichbedeutend mit der des Reichsministers. Die „Voss Zeitschrift“ berichtet bereits von unverbündlichen Besprechungen, die innerhalb der Regierungsparteien über die Umgestaltung des Reichskabinetts gepflogen worden seien. Diese Umänderung würden sich aber nur auf Regionen nicht auf die Zusammenfassung der Regierungskoalition beziehen.

Der Zusammenbruch der Kommunisten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Halle a. S., 30. April. Anlässlich seines Ausscheidens aus der kommunistischen Partei in der Landtagsabgeordnete und Reichstagsabgeordnete für Weisenburg-Anhalt, Dittge aus Weisenburg, einen Aufruf, in dem er als ein Eingeweihter in der Organisation der kommunistischen Partei mitteilt, daß die kommunistische Partei in Deutschland heute nur noch eine Sekte sei. Selbst in Anhalt, wo die Partei früher gewesen sei, als in fast allen anderen Gebieten Deutschlands, seien Massenaustritte erfolgt. Es liegen Abmeldungen ganzer Ortsvereine vor.

Sinnlos haust weiter auf

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 30. April. Wie die „Wirtschaftspolitischen Nachrichten“ erfahren, ist der gesamte Warenstein-Konzern zum Preise von 17 Millionen in den Besitz von Hugo Sinnes übergegangen. Geheimrat Ehrenlein, der bisherige Besitzer der Deuderei sowie des Verlags, bleibt an der Spitze des Unternehmens.

Aus dem sächsischen Landtag

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 29. April 1921 beschlossen, folgende Gesetzentwürfe dem Landtage vorzulegen: 1. den Entwurf eines Grundstuen-Gesetzes; 2. den Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Gesetzes vom 1. Juli 1878, die Vetterung des Gmelinbetriebes im Landerziehungs- und Erziehungs-Gesetz; 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schulgemeinden.

Nachrichten aus Sachsen

— Tagung für Wohlfahrtspflege. Auf Einladung des sächsischen Ministeriums des Innern wurde am Freitag in Dresden die erste sächsische Tagung für Wohlfahrtspflege in Anwesenheit der Vertreter der Wohlfahrtsvereine der Städte, Gemeinden und Amtshauptmannschaften usw. eröffnet. Minister des Innern Lipinski wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Wohlfahrtspflege den Versuch unternehmen solle, den allmählich verloren gegangenen Gemeindegemeinschaften auf einem Gebiete wieder lebendig zu machen. — Ministerialrat Dr. von Weick hielt dann einen Vortrag über Aufgabe und Ausbau der amtlichen Wohlfahrtspflege und Frau Regierungsrat Dr. Hilch-Weil sprach über amtliche und freiwillige Wohlfahrtspflege.

— Anzeigen. Die Stadtverordneten erhöhen die städtische Beiträge für die Stadtkasse von jährlich 90000 M. auf 120000 M. Hierzu kommen noch 80000 M. für die von der Stadtkasse ausgeführte Theatermusik. Zur Gewährung unentgeltlicher Vermittelungen für unentgeltliche Vermittelungen die städtischen Kollegien 15000 M. für das neue Regime.

Die Festlegung über einen sozialdemokratischen Antrag, die Oster 1923 die vollständige Lernmittelfreiheit in den sächsischen Volksschulen durchzuführen, wurde ausgesetzt, da eine landesgesetzliche Regelung dieser Frage zu erwarten steht.

— Böben. In der Nacht zum Mittwoch ist beim Böbenmüher Starke eingebrochen und ein größerer Gelddiebstahl gestohlen worden.

— Weiden. Die von der Stadt Weiden angeregte Gründung eines Städteundtheaters ist endgültig gescheitert, nachdem die in Frage kommenden Städte ihre Beteiligung der hohen Kosten weihen abgelehnt haben und staatliche Zuschüsse nicht zu erwarten sind.

— Böben. Eine Erhöhung der Fleischpreise ist beabsichtigt zu erwarten. Sie ist begründet in der Erhöhung der Schlachthofgebühren.

Aus Dresden

Katholische Hofkirche. Sonntag, den 1. Mai 1921, vorm. 11 Uhr. Messe: H-Dur von Mozart; Graduale: Dominus von Reichiger; Offertorium: Laudate Dominum von Mozart.

— Bei der Ausschreibung der Bahnhofsverwaltung auf dem Hauptbahnhof Dresden-Altstadt für den 1. Oktober sind 69 Angebote aus Deutschland eingegangen. Den Zuschlag erhielten Kurt Meyer, der nach langjähriger Auslandsbeteiligung seit 20 Jahren den Bahnhof in Tharandt bewirtschaftete, und Alfred Bergmann, der seit 20 Jahren als kaufmännischer Leiter auf den Bahnhöfen in Dresden-Neustadt und Dresden-Hauptbahnhof tätig war.

— Städtischer Ausstellungsalast. Am 2. Mai wird der neue Saal des Ausstellungsalastes, der in mancherlei Hinsicht Erneuerungen erfahren hat, den Freunden der Sommerfesten eröffnet werden. Der Saal selbst und seine Umgebung prangen im Frühlingschmuck, die Räume haben ein neues grünes Kleid angelegt und Blüten und den die Ziertrichter. Die Seitenhallen sind aufbereitet worden, so daß man jetzt angenehmer sitzen kann als früher. Zugleich sind die Winterhallen, die anschließenden Räume dem Publikum freigegeben, die einen schönen Überblick über den Konzertgarten gestatten. Das Orchester der Hofkapelle, dem bekanntlich hervorragende Künstler angehören, wird täglich ein Konzert geben, aus dem auch zwei Konzerte angelegt. Leiter der Konzerte ist Hofkapellmeister Feiler, der für geschmackvolle Spielpläne sorgen wird. Zur Eröffnungsfestfeier am Montag, den 2. a. auch die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, sowie Vertreter von Kunst und Wissenschaft einladen. Da der Saal lundort eine lange Reihe von Jahren vereinigt blieb, werden alle, die gern Gartenkonzerte besuchen, sicherlich gern diese Plätze aufsuchen, um den Musikführern dieser hervorragenden Kapelle zu lauschen. Für beste Verbilligung ist gesorgt.

Kampf um die Schule!

Delpin. Sämtliche gemäßigten Eltern der 8. katholischen Schule, Delpin, haben sich entschlossen, die 8. katholische Schule in ihre Hände zu nehmen und unter der Leitung der katholischen Kirche zu betreiben. Somit fällt jeder Grund in der Annahme, als ob unter der Hand der gemäßigten katholischen Eltern auch nur einer sich befände, der die weltliche Schule aufreichte, fort. Dr. Hugo Böhm.

Parteinachrichten

Tagung der Jung-Zentrums-Ortsgruppen (Windhorstbunde) Sachsens in Dresden

Bekanntlich findet in der Pfingstmode eine große Tagung der Jung-Zentrums-Ortsgruppen (Windhorstbunde) Deutschlands, die erste Tagung dieser Art nach dem Kriege, in Jutba statt. Es erscheint selbstverständlich, daß auch die Jung-Zentrums-Ortsgruppen Sachsens aus diesem Anlaß in Jutba vertreten sind. Um in erster Linie die Vertretungsfrage zu besprechen und um weiterhin nicht zuletzt auch entsprechende Vorträge bei der Jutbaer Jugendtagung der Jung-Zentrums-Ortsgruppen zu stellen, findet am

Sonntag, den 8. Mai, vormittags Punkt 11 Uhr eine Vertretertagung der sächsischen Jung-Zentrums-Ortsgruppen (Windhorstbunde) in Dresden, und zwar im Konferenzzimmer des kath. Bejehenshauses, Käufertstr. 4, statt. Die Vorbereitungen sind von der Jung-Zentrumsgruppe Delpin eingeleitet. Es sei aber auch an dieser Stelle auf diese wichtige Tagung nochmals aufmerksam gemacht. Alle Vorkammler der Jung-Zentrums-Ortsgruppen werden gebeten, möglichst vollständig an der Tagung teilzunehmen. Es ist naturgemäß, daß bei dieser Gelegenheit auch der notwendige Ausbau der Jung-Zentrums-Ortsgruppen in Sachsen besprochen werden muß.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Wahlfeier nach Koenigshaus am Dienstag, den 17. Mai, (dritter 4. Jahresfeier). Abfahrt früh 12 Uhr vom Hauptbahnhof, 12 Uhr vom Neustädter Bahnhof. Zug hat nur 4. Klasse. Die Fahrt kostet ab Hauptbahnhof 4.00 Mark. Sammelplatz: Bahnhof in Ramenz, von da nach Koenigshaus. In Koenigshaus früh 6 1/2 Uhr Gelegenheit zur hl. Kommunion. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends von Ramenz nach Dresden.

Dresden. Landesdeputation. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr findet im katholischen Bejehenshaus, Dresden, Käufertstr. 4, Jahreshauptversammlung des Landes-Deputationsrat statt. Es Referent ist Herr Reichstagsabgeordneter Reichländer gewonnen worden. Anschließend Stammbesprechung und Wahl des Vorstandes. Der Wichtigkeit der Versammlung entsprechend ist die Anwesenheit mindestens eines Vertreters der katholischen Elternschaft Sachsens erwünscht.

Sport

Voransagungen

- Breslau, 1. Mai, nachmittags 8 Uhr. 1. Eintracht-Heilbrunn; 2. Borussia-Lissa; 3. Borussia-Talheim; 4. Borussia-Oberfeldberg; 5. Eintracht-Lissa; 6. Eintracht-Scalitz; 7. Eintracht-Wind.
- Glauchwitz, 1. Mai, nachmittags 8 Uhr. 1. Eintracht-Lissa; 2. Eintracht-Lissa; 3. Eintracht-Lissa; 4. Eintracht-Lissa; 5. Eintracht-Lissa; 6. Eintracht-Lissa; 7. Eintracht-Lissa.
- Mannheim, 1. Mai, nachmittags 8 Uhr. 1. Borussia-Lissa; 2. Borussia-Lissa; 3. Borussia-Lissa; 4. Borussia-Lissa; 5. Borussia-Lissa; 6. Borussia-Lissa; 7. Borussia-Lissa.
- Neuß, 1. Mai, nachmittags 8 Uhr. 1. Borussia-Lissa; 2. Borussia-Lissa; 3. Borussia-Lissa; 4. Borussia-Lissa; 5. Borussia-Lissa; 6. Borussia-Lissa; 7. Borussia-Lissa.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Koenig; für den Inseratenteil: Peter Schneider. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei“ G. m. b. H. in Dresden.



Auf das tiefste erschüttert, geben wir hierdurch bekannt, daß nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse mein innigstgeliebter, so edler, seelenguter Gatte, mein unvergeßlicher lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

# Herr Kaufmann Hugo Krahl

im 52. Lebensjahre am 29. April 1921 früh 1/5 Uhr nach langem schweren Leiden im Herrn entschlafen ist.

In namenlosem Schmerz: **Anna Krahl** geb. Reißmann, **Johannes Krahl** und **Braut**,  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Dresden, Hauptstraße 14, Bautzen und Malsitz.

Beerdigung: Montag den 2. Mai nachm. 1/3 Uhr auf dem inneren kath. Friedhof.

Zurückgekehrt von der Ruhestätte unseres innigstgeliebten Vaters

# Herrn Eduard Gorny

ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen Bekannten für die vielen wohlthuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme, für den überaus reichen, kostbaren Blumenschmuck und für das ehrende Geleit zur letzten Ruhe

herzlichst zu danken.

Ganz besonders innigen Dank dem Kath. Bürgerverein mit Fahnenabordnung und dem Verein der Obst-, Gemüse- und Südfrucht-Großhändler Dresden und Umgegend. Alle diese Liebe, Verehrung und Hochachtung für unseren teuren Entschlafenen waren uns ein Trost in unserem Schmerz.

Dresden, Weißeritzstraße 38, II., April 1921.

Die tieftrauernden Kinder.

FRANZ WAGNER  
MARIA WAGNER  
GEB. OTTO

VERMAHLT

LEIPZIG-SCHL. DRESDEN-N.  
30. APRIL 1921 309

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit von allen Bekannten und Freunden, besonders von meinem lieben katholischen Meisterverein und dem Herrn Präses Direktor Englert erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeiten sagen wir unseren

herzlichsten, innigsten Dank.

Schneidermeister **Johannes Honka**  
und **Frau**,

Dresden, im April 1921  
Radeberger Str. 52, I.

# Der Leuchtturmwächter auf Helgoland!

Ein Schauspiel aus dem dänischen Seemannsleben in vier Aufzügen  
**Sonntag, den 8. Mai 1921**  
im Gefellenhaus, Käufferstraße 4  
Eintritt einschl. Steuer 2.50 Mark  
Beginn Punkt 7 Uhr  
Einlaß 6 Uhr

# „Altherrenbund“ Dresden-Soh.

## Einladung

# Jahreshauptversammlung des Landes-Elternrates

Sonntag den 8. Mai 1921 vormittags 11 Uhr  
in Dresden, Käufferstraße 4 (Kath. Gefellenhaus).

### Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Rheinländer;
2. Geschäftliches (Statutenberatung, Stand der Schulfrage, Bezirks-einteilung Sachsens, Mitteilungen und Anträge);
3. Renwahl des Vorsitzenden.

Es werden alle katholischen Elternräte Sachsens gebeten, zu dieser Tagung wenigstens 1 Vertreter zu entsenden.

880

Der Arbeits-Ausschuß.

# Vereins- und Partei-Anzeiger

## Katholischer Arbeiterverein Dresden-N.

Sonntag, 1. Mai 1921

### Versammlung

Vortrag des hochwürdigsten Herrn Präses Infort.

## Sammelverband Dresden E. V.

Montag den 2. Mai abends 8 Uhr im Gesellenhaus

### Haupt-Versammlung.

## Katholischer Bürgerverein Dresden.

Mittwoch den 4. Mai pünktlich 8.30 Uhr

im katholischen Gesellenhaus, Käufferstraße 4

### Vortrag

des Herrn Oberlehrer Strietzel über die Geschichte der katholischen Friedhöfe Dresdens.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

## Gesellschaft „Dennoch“ Dresden

Sonabend den 7. Mai 1921, abends 7 Uhr

im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft, Ostra-Allee 9

# Wohltätigkeitskonzert

zum Besten eines im Kath. Seminar zu Bautzen zu errichtenden „Strenuums für Gefallene“

unter gütiger Mitwirkung von Frau Elsa Bartsch, Konzertsängerin in Dresden

Karten in der Buchhandlung von P. Beck, Schloßstraße, bei Burkert, Tittmannstraße 51, und an der Abendkasse

## Nach dem Konzert BALL Der Vorstand

# Sächsische Zentrumsparlei Ortsgruppe Zwickau.

Montag den 2. Mai 1921 abends 8 Uhr

im „Deutschen Kaiser“, Reichenbacher Straße

# Oeffentliche Versammlung!

Landtagsabgeordneter Heßlein spricht!

Christliche Männer und Frauen! Christliche Jugend! Gestaltet die Versammlung durch geschlossenes Erscheinen zu einer gewaltigen Kundgebung für die christliche Kultur!

# Jung-Zentrum :: Leipzig

Dienstag, 3. Mai, 1/2 Uhr im evang. Vereinshaus, Hofstr. 14, Aufg. O. II. Saal

Mitgliederversammlung  
Herr Lehrer Hans Just spricht über: Zentrumsführer: Windthorst.

Zahlreiches Erscheinen erbittet der Vorstand.

# Tymians Theater

Täglich: Die hochoriginelle, urkomische **Zwerg-Oper** „Lobengrin“ — „Tannhäuser“ — „Troubadour“ Alle Parodien von Dir. Winter Tymians  
Sonntags zwei Vorstellungen: 1/2 und 1/8 Uhr

Junge Landwirtstochter, häuslich erzogen, aus guter Familie, sucht die Bekanntschaft eines achtbaren kath. Herrn in fester Lebensstellung zwecks

# Heirat.

Offerten unter „R. B. 313“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kriegerwitwe, Ende 30, mit 3 groß. wohlgez. Kind und eigenem Heim, sucht, des Alleinlebens müde, kath. Herrn zwecks Wiederverheiratung kennen zu lernen. Off., wenn möglich mit Bild, welches zurückgekauft wird, unter „R. O. 314“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbieten.

# Welche Dame

leibt freilich 42jähr. Weidw. Mann auf 1 Jahr 15.000 Mark gegen hohe Ver. lüftung? Sicherheit: 2 Ladengeschäfte u. Engrosfaktor. Bei gegenseit. Zuneigung Weidw. erw. Off. u. „R. O. 313“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

# Städtischer Ausstellungs-Park

Eröffnung am 2. Mai 7 Uhr

Täglich Konzert

werktags 7 Uhr

Sonntags zwei Konzerte

4 und 1/8 Uhr

Eintritt werktags 1 Mk und Sonntags 2 Mk einschließlich Steuer

Bernharder: Büro 32005

Philharmonisches Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Feiereis



Separate Zimmer für Mittag- und Abendgedecke

## Eigene Konditorei

Va. Vorkaffee, Kaffe 1,50 Mk

## Weinterrasse

Unerlesene Weine in allen Preislagen  
Schoppenweine :: Bestgepflegte Biere  
Feinste Küche unter meiner persönlichen Leitung

Richard Arnold

Bernsprecher: Restaurant 35721

Sonabend den 30. April 1921  
Zu  
Eberbach  
auflässig der  
stande eine  
Herr Lehrer  
Bild über die  
Gemeinheiten  
ermahnte welt  
lassen in der  
der Kinder.  
der Moralunter  
gionsunterricht  
und Entschloße  
Groß wa  
der W. G. H. e  
ist, an die sich  
Beschimpfung  
Nun sei ganz  
leinen machte;  
Resolutio  
batter Begreif  
Die kat  
entschiedene  
igung zurück,  
angesprochen  
titel 185 der  
zeugung.  
Seine er  
protestantische  
lung sich dem  
Abfall in gar  
neben Angli  
testanten und  
gegenseitige  
schlossene Ein  
Der „E  
Nr. 64, vom 2  
„Eine au  
Ausdrücke de  
fürzlich wieder  
Schulhorstende  
die religiösen  
licher Einricht  
eine Reihe von  
hier für den U  
Eachen einmif  
wissenschaftl  
Reichsberfahru  
hiesigen Schul  
wurde folgende  
„Der 3  
In dem noch  
die Reichsver  
rung ein ge  
ner und Sa  
gegen religi  
Er brüdt gl  
doh der Wot  
parlamentar  
bildet.“  
An das  
ministerium in  
folgende Entf  
„Der 3  
punkt, daß  
zelenen Staa  
Er leg  
Mitglieder  
Eamverbinde  
hiesigen Stbu  
fotie die fi  
in den Schu  
Für  
30 Bäder  
Sächsis  
Frankf  
Die Hän  
neben her.  
„Dore, I  
Eilichweigen  
„Was d  
„Wenn  
„Wie B  
„Kann  
nach einer H  
Freilich  
Stadt besuch  
„Da lö  
Hell au  
fresser willt  
laut und lieh  
eben eines  
wolle.  
„Ja, da  
du nicht meh  
komme. Dar  
doch schön!  
„Nun  
„Nimmer  
„Alle 3  
„Nebes  
„Und to  
„Freilich  
„Ich sch  
immer Wäns  
Nicht ga  
gewünschte be  
So lang  
immer schon  
war auch ihr  
feri Lore grü  
bet und das  
eine sehr stol  
den Vorfind



### Zum Ebersbacher Skandal

Ebersbach i. S. Der Volksverein hielt am 24. April anlässlich der unerhörten Vorgänge im hiesigen Schulvorstande eine außerordentliche Versammlung ab. Herr Lehrer Günther gab an Hand des Gesetzes einen Ueberblick über die Sachlage. Mit gebührender Schärfe wies er die Gemeinheiten zurück, die sich die Sozialisten geleistet hatten. Er erwähnte weiterhin die Mittel und Wege zur Erziehung der Kinder. Herr Parzer knüpfte an, wie anderwärts der Moralunterricht nichts Besseres erreicht habe als der Religionsunterricht — im Gegenteil. Jetzt sollten die Eltern Mut und Entschlossenheit zeigen.

Groß war die Freude, als Herr Günther mitteilte, daß der H. G. Klein, der auch den Ebersbacher sein Freund ist, an die sächsische Regierung wegen dieser Schmachungen und Beschimpfungen im Schulvorstande eine Anfrage gerichtet habe. Ihm sei ganz besondere Dank abgestattet, daß er die Sache zur Kenntnis brachte; ganz Sachen schließt sich dem an. Folgende Resolution ging an das Kultusministerium und an das Ober-Bezirks-Schulamt:

„Die katholischen Eltern von Ebersbach weisen auf das zutiefst Bedauerliche die Beschuldigungen in der letzten Schulvorstandsitzung zurück, die von mehreren sozialdemokratischen Mitgliedern ausgesprochen worden sind. Sie verlangen auf Grund des Artikels 135 der Reichsverfassung Schutz ihrer religiösen Ueberzeugung.“

Sehr erfreulich ist, daß der Bürgerverein (meist protestantische Mitglieder) am 25. April in seiner Versammlung sich dem Vorgehen der Katholiken angeschlossen. Wästen doch überall in ganz Sachsen gegenüber derartigen, nicht zu bezweifelnden Angriffen von sozialistischer Seite die überzeugten Protestanten und Katholiken das Trennende beiseite lassen, ihre gegenseitige Ueberzeugung schärfen und achten und eine entschlossene Einheit bilden zum Schutze des Christentums.

Der „Oberlausitzer Volksbote“ berichtet in Nr. 64. vom 27. April:

„Eine ausgedehnte und von heftiger Empörung getragene Aussprache verursachten die scharfen Schmähungen, die kürzlich wieder von zwei sozialdemokratischen Mitgliedern des Schulvorstandes in der öffentlichen Schulvorstandssitzung gegen die religiösen Anschauungen der Bewohner und gegen die kirchlichen Einrichtungen erhoben worden sind.“ Einmütig wurde eine Reihe von Entschliessungen angenommen. Es handelt sich hier für den Bürgerverein nicht darum, daß er sich in religiöse Sachen einmischet, sondern darum, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die jedem Staatsbürger nach Artikel 135 der Reichsverfassung gewährleistet ist, auch gewahrt bleibt. An den hiesigen Schulvorstand z. Hd. des Herrn Direktor Schelle wurde folgende Resolution abgesandt:

„Der Bürgerverein als Vertreter des Bürgertums, in dem noch die kirchliche Gesinnung geachtet wird, die durch die Reichsverfassung gewährleistet ist, legt entschiedene Verwahrung ein gegen die maßlosen Äußerungen der Herren Schwerdtner und Schmeiß in der letzten Sitzung des Schulvorstandes gegen religiöse Anschauungen und kirchliche Einrichtungen. Er bedauert gleichzeitig seine größte Verwunderung darüber aus, daß der Vorsitzende, Herr Direktor Schelle, ein derartiges unparlamentarisches Verhalten in einer öffentlichen Sitzung duldet.“

An das Bezirks-Schulamt in Löbau sowie an das Kultusministerium in Dresden wurde unter äußerlicher Verwahrung folgende Entschliessung angenommen:

„Der Bürgerverein in Ebersbach steht auf dem Standpunkt, daß die Religion vollständig Privatsache jedes einzelnen Staatsbürgers ist.“

Er legt aber entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß die Mitglieder des Ebersbacher Schulvorstandes, die Herren Schwerdtner und Schmeiß, bei jeder Gelegenheit in öffentlichen Sitzungen die religiösen Anschauungen der Bewohner sowie die kirchlichen Einrichtungen in der unerhörtesten Weise in den Schmutz ziehen.

Der Bürgerverein verlangt, daß die kirchlich gesinnten Bürger auf Grund des Artikels 135 der Reichsverfassung den Schutz ihrer religiösen Ueberzeugung genießen.“

Schließlich wendet sich der Bürgerverein noch mit nachstehender Resolution an den Ebersbacher Kirchenvorstand:

„Der Bürgerverein würde es mit Freude begrüßen, wenn der Kirchenvorstand zu den unerhörten Angriffen, die von seinen Mitgliedern der Sozialdemokraten immer wieder und wieder gegen die kirchlichen Einrichtungen erhoben werden, zum Schutze der religiösen Gesinnung des Bürgertums konsequent etwas energischer Stellung nimmt. Der Kirchenvorstand würde in seinem Kampfe gegen das maßlose und brutale Verhalten der sozialdemokratischen Kirchenmänner den Bürgerverein hinter sich haben.“

Wie aber von der Gegenseite der Kampf aufgefaßt wird, das beweisen zwei „Eingekaufte“ eines Lehrers an die Ebersbacher Zeitungen. Darin heißt es:

„In den beiden hiesigen Kreisblättern sind Besprechungen der letzten Schulvorstandssitzung erschienen, die den Eindruck erwecken müssen, als sei es dabei in anarchistischer Weise drüber und drunter zugegangen. Da ist von persönlichen Verleumdungen, hohleren Beschimpfungen der Religion und Religionsgesellschaften, Freibeit des Vorsitzenden und sonstigen „Gemeinheiten“ die Rede. Demgegenüber möchte ich als völlig unparteiischer und aufmerksamer Zuhörer mit aller Bestimmtheit erklären, daß ich nicht den Eindruck von der Tatsächlichkeit dieser Anschuldigungen gewonnen habe. Der Herr Vorsitzende führte straff die Fäden der Verhandlungen. Die beiden Hauptdebatteure, die Herren Schwerdtner und Schmeiß, schlugen eine feine Klinge und lösten mit scharfen Kampfesworten ihre Aufgabe, die Interessen der Schule bis aufs Äußerste zu wahren. Wer die Leidensgeschichte der Volksschule und ihrer Lehrerschaft seit Jahrzehnten nur einigermaßen kennt, wird es diesen beiden aufrechten Männern und ihren Parteigenossen Dank wissen, daß sie unser Volkserziehungswesen vor dem Wiedererdringen der Materialisten nach Kräften zu schützen suchten. Ihre aus jeder Verbindung gerissenen Aussprüche können aufreizend wirken, während sie sich im Zusammenhange des Redekampfes ganz harmlos ausnehmen. Der am meisten befehdete Ausdruck des Herrn Schmeiß zielt einzig auf eine Niederung der Priesterherrschaft in Staat, Schule und Gemeinde. Was die Ausführungen des Herrn Günther betrifft, so hat er ja sicher die vom Zentrum durchgedrängten Paragraphen auf seiner Seite. Wenn man aber erwägt, wie diese Bestimmungen der Reichsverfassung zustande gekommen sind, nämlich durch eine Bedrohung des Abfalls ganzer Landestteile vom Deutschen Reiche, dann kann das doch einigermaßen nachdenklich stimmen. Trotz aller Gemüthlichkeit des Stuhles Petri über den Zusammenbruch des Hohenzollernreiches und der Verbannung des „Obersten Reichs“, sind die kirchlichen Würder, Nonn und Wittenberg, zu einer Entente zusammengerückt und arbeiten gemeinsam. Wästen die Schulvorstände, nicht nur bei uns, sondern im ganzen Reichsgebiete, auf der Wache stehen, daß die kann errungenen Vorteile nicht wieder verloren gehen. Die Gefahr ist größer als mancher ahnt.“

In einem anderen Berichte wird gesagt, daß man nicht immer bei einem solchen Kampfe mit „Tampfsätzen“ auskommen kann. Die beiden Herren können sich — gemeint sind Schmeiß und Schwerdtner — bei allen Anfeindungen und Angriffen damit trösten, daß sie in erlesener Gesellschaft sind und mit denselben Waffen kämpfen wie die Döllinger alle, die großen Propheten, ja selbst der „sanfte“ Döllinger, der Rabbi von Nazareth. Vergl. Matth. 23 und Jesaiel 54, 1-2.

Wie dieser Schulvorstand von früher her arbeitet, sei aus einer früheren Sitzung dargestellt. In der Sitzung vom 20. November 1920 kam ein Schriftstück des Evangelisch-lutherischen Kirchenvorstandes zur Verlesung, in dem ersucht wurde, mitzutheilen, ob dem Schulvorstande geeignete Kräfte zur Verfügung ständen zur Erleitung des Religionsunterrichts. „Diese Zustimmung“ des Kirchenvorstandes erregte bei den Sozialdemokraten tiefe Entrüstung. Herr Schwerdtner meinte, man solle nur Militäranwärter mit der Erleitung des Religionsunterrichtes beauftragen. Er äußerte noch, daß man hoffentlich nicht etwa Engländer und Franzosen oder gar die Jünger Jesu bei dieser Mission zu Rate hole. Herr Schmeiß erklärte, die alte Glaubenslehre für abgewirtschaftet. Die neue Lehre sei die der freien Menschenrechte und der Menschenliebe.

Ein anderer sozialistischer Redner warf der Kirche Nichtbefolgung ihrer Glaubenslehren vor. Nach einer weiteren Debatte, in der weiblich über die Kirche und ihr System hergezogen wurde, wurde der Antrag abgelehnt. (Siehe „Oberlausitzer Volksbote“ Nr. 188 vom 27. November 1920).

Die Regierung hat ja nun Gelegenheit, zu zeigen, wie sie dem christlichen Volksteil gegenüber gesinnt ist. Die Erregung ist groß. Herr Abgeordneter Gschlein, der sich der Angelegenheit angenommen hat, erwacht sich damit den Dank weiter Kreise.

### Zwei entgegengesetzte Entscheidungen

Von Heinrich Zander in Leipzig

In dieser kürzlich an dieser Stelle (Nr. 88) behandelten Angelegenheit ist nun durch eine Besannmachung des Reichsarbeitsministeriums vom 11. April d. J. (veröffentlicht in Nr. 88 des Reichs-Anzeigers vom 16. April), betreffend die spätere Fassung des Gesetzes über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, Klarheit geschaffen worden. § 2 besagt, daß die Beihilfe für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente monatlich 40 M. für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M. beträgt. Diese Beihilfe steht Personen, die auf Grund des Verordnungsrechtes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärverordnungsgeetze eine Versorgung erhalten, nur insoweit zu, als die zu gewöhnliche Beihilfe die gewährte Versorgung übersteigt. Was nun die so heiß umstrittene Frage der doppelten Beitragszahlung für Zeiten vor dem 20. Dezember 1920 (bis 1. August 1920) betrifft, so wird in dieser Besannmachung durch den letzten Satz des ersten Absatzes des § 5 bestimmt, daß die Erhebung des doppelten Beitrags auch für solche Fälle gilt, in denen für zurückliegende Zeiten — das heißt vom 1. August 1920 bis 20. Dezember 1920 — Beiträge durch Verwendung von Beitragsmarken zu entrichten sind.

Diese Besannmachung des Reichsarbeitsministeriums stützt sich auf die Annahme eines Gesetzesentwurfes im Reichstage, der in der Nacht vom 19. zum 20. März in der letzten Sitzung vor den Osterferien in allen drei Lesungen angenommen wurde. Von dieser Tatsache war bisher in den meisten Tageszeitungen keine oder nur ganz kurz Mitteilung gemacht worden. Besitzt jetzt auch über die Verpflichtung zur doppelten Beitragszahlung für Zeiten vor dem 20. Dezember 1920 kein Zweifel mehr, so hat die Beschlußfassung des Reichstages doch allgemein übersehen. Der Verein der Industriellen des Reichsverbandes (R. I. V.) betont in einer Zuschrift an die „Sächsische Volkszeitung“, daß schon das erste Gesetz unüberlegt und mit Nachsichtswindigkeit vor der Reichsversammlung durchgeprüft worden sei. Um so unbegreiflicher sei es, daß sich auch bei der jetzigen Änderungsfrage niemand im Reichstage gefunden habe, der gegen die Wiederholung eines derartigen Verfahrens Einspruch erhoben habe. In der Resolution sei kein Verstand für eine derartige Gesetzesänderung vorhanden.

Dieser Beurteilung wird man eine gewisse Berechtigung nicht verweigern können. Wenn aber in der Zuschrift gefordert wird, dem Reichstag zu empfehlen, einen neuen Beschluß zu fassen, der den vorhin beschriebenen hinsichtlich der doppelten Beitragszahlung wieder aufhebt, so kann man dieser Anschauung nicht zustimmen. Mit einem solchen Verfahren wird keine Klarheit geschaffen, sondern das Durcheinander wird nur noch größer. Aus der Stimmung und aus der Beurteilung der Arbeitnehmer wie der Arbeitnehmer müßte aber der Reichstag für die Zukunft die Schlussfolgerungen ziehen und derartigen Verpflichtungen mit rückwirkender Kraft nicht beitreten. Einmütigkeit besteht in allen sozial und human denkenden Kreisen darüber, daß den Invaliden usw. unbedingt geholfen werden mußte, aber es ist doch Vorsorge zu treffen, daß die dadurch bedingte erhöhte Beitragsleistung gleichmäßig verteilt wird und nicht in diesen Fällen nur von Zufälligkeiten abhängt.

## Detektiv „Lux“

DRESDEN-A., Ringstr. 14 (Kaffee-König) Fernruf 10 387  
Altrenommierte Firma für zuverlässige  
718] Ermittlungen, Beobachtungen  
und Beschaffung von Beweismaterial

Sie war am Tage vorher gegen Abend gekommen, um für einige Tage hier zu bleiben. Joseph aber wußte von ihrer Ankunft noch nichts. Er schloß die Tür und den Kopf vor dem stolzen, strengen Wid, der ihn traf. Den Zeigefinger der einen Hand stieß er verlegen in den Mund, so weit es ging; die andere Hand ruhte tief verborgen in der Hosentasche.

„Hast du gerufen?“ herrschte ihn barock Lore's Mutter an. Das heftige Widen seines biden Nacktskopfes sollte als Antwort gelten. Sprechen konnte Joseph nicht, denn der Finger blieb noch immer tief in den Mund verankert.

„Was willst du mit Lore?“

Jetzt wurde langsam der Finger aus dem Mund gezogen.

„Aufs Gänsehäuten soll sie mit mir!“

Einen Moment schien sich die stolze Frau zu befinnen; sie hatte offenbar nicht sofort verstanden, was Joseph eigentlich damit sagen wollte.

„Wie? Lore?“ kam es dann spöttisch von ihren Lippen.

„Du hast keinen schlechten Geschmack, mein Junge, ich hätte dir das gar nicht zugekraut. Suche dir eine andere Tischgesellschaft — Lore kann es nicht sein!“

Topelang blieb dann Lore für Joseph unsichtbar.

Wenn er die Gänse auf den Anger treiben mußte, dann bemierte er es anzüglich, am Wirtshause vorüber zu gehen — auf weiten Umwegen suchte er mit seinen Schülern das Ziel zu erreichen.

Joseph hatte sich bereits darin gefunden, die liebgeordnete Spielgefährtin zu entdecken, als er an einem sonnigen Nachmittage über die Wiese herüber Lore direkt auf sich zukommen sah. Mit freudig klopfenden Herzen sah er die Kleine näher kommen. Sonst war er ihr immer entgegengezielt; heute blieb er ruhig im Geise sitzen.

„Warum treibst du denn deine Gänse nicht mehr bei mir vorbei, Joseph?“ rief sie schon von weitem. „Ich habe gestern und heute schon den ganzen Nachmittag vergebens auf dich gewartet.“

Jetzt zog es aber Joseph doch mit Gewalt in die Höhe. Er stand auf und ging Lore langsam entgegen. Der Finger verankerte sich tief in die Mundhöhle; ein Zeichen, daß er mit der Kultur in Verlegenheit war.

„Wie bist du denn da herausgekommen, ohne daß du bei mir vorbeigehst?“

Langsam und bedächtig zog jetzt Joseph den Finger aus dem Mund. „Na, da oben bin ich halt rumtreiben.“

„Na, aber das ist doch schrecklich weit um. Warum gehst du denn nicht deinen alten Weg durch das Dorf?“

„Weil der Mutter geschändet hat,“ pläbte nun Joseph heraus. „Was hat Mama? Reinst du damit, sie hat gekannt?“

(Fortsetzung folgt.)

### Der Gänsehub

Fränkischer Dorfroman von Dina Grunberger

(Nachdruck verboten.)

(1. Fortsetzung.)

Die Hände in beiden Hosentaschen, ging Joseph barfuß da- neben her.

„Lore, kost das viel Geld?“ fragte er plötzlich nach langem Stillstehen.

„Was denn, Joseph?“

„Wenn ma so an schubdierter Herr werd wie der Vater.“

„Wie Papa? Warum? Rallich kostet dies Geld.“

„Nanu a Schubdter a Schubdter, Lore?“ fragte Joseph nach einer kleinen Weile wieder.

„Freilich, Schubdter kann doch jeder, der die Schulen in der Stadt besucht.“

„Da könnt ich dann a werden, was der Vater is?“

Hell aufschlagend sah Lore den jungen Freund an. „Professer willst du werden am Ende gar, Joseph?“ rief sie dann laut und ließ vor Ueberaschung die Peitsche sinken, mit der sie eben eines nachweisen Gänserichs Fluchtversuche vertreiben wollte.

„Ja, da könntest du ja nimmer da im Dorfe bleiben; da müchtest du fort auf die Schulen. Ach, das wär sad, wenn du nicht mehr da wärest, wenn ich im Sommer mit Papa herber komme. Dann könnt ich ja nimmer Gänse hüten und das ist doch schön!“

„Kommst du immer im Sommer, Lore?“

„Ammer!“

„Alle Jahre?“

„Jedes Jahr.“

„Und treibst dann immer mit mir die Gänse aus?“

„Freilich, das tu ich ja so gern.“

„Ich schubdier net, Lore. Ich bleib da und dann hüfst immer Gänse mit mir, gelt Lore?“

Jetzt gab Lore's großer Gut durch heftige Bewegung die gemüthliche bejahende Antwort.

So lange sich Joseph zu erinnern vermochte, kam Lore immer schon im Sommer einige Wochen in das Dorf. Früher war auch ihre Mama und ein Kindermädchen dabei gewesen; seit Lore größer geworden, war sie nur von ihrem Papa begleitet und das war Joseph sehr angenehm, denn Lore's Mama war eine sehr stolze Frau, die es gar nicht gern sah, wenn Lore mit den Dorflindern verkehrte.

In vergangenen Sommer kam Lore zum ersten Male allein mit ihrem Papa zum Aufenthalt. Mit schwerer Ehrfurcht hatte Joseph immer die weißgekleidete niedliche Gestalt der kleinen Lore betrachtet. So, dachte er, müßten die Engel aussehen, die da, wie die Mutter erzählte, im Himmel droben auf den Wolken herumfliegen und herunter sehen, ob die Kinder hübsch brav und fleißig sind.

Einmal war es gewesen, da war ein großer Hund bellend unter seine Gänse auf der Wiese draußen gesprungen und hatte eine seiner Schutzgehörnen so am Hals verbeißt, daß derselbe ganz lahm hinterher hing. Herzbrechend hatte er damals auf dem Wiesenanger gemeint. Da ging eben Lore mit ihrem Vater vorüber.

Zeitnehmend hatte der gutmütige Mann den Klagen den nach der Ursache seines lauten Schmerzes gefragt und da hat Joseph ihm den ganzen Jammer seines Herzens offenbart.

„Wem gehst du denn, Kleiner?“ fragte er den kleinen Unglücklichen am Schluß seiner traurigen Erzählung, und Joseph antwortete ihm: „Mein Vater!“

„Und wie heißt denn dein Vater dann?“

„No, halt Vater.“

Da hatte Lore's Papa laut aufgelaßt und aus der Tasche seine Geldbörse gezogen. Für den lahmen Flügel der Gans konnte der gute Mann zwar nicht mehr helfen, er blieb lahm; aber Joseph gab er so viel klingende Silbermünzen zur Veruhigung seines Wehs in die Hand, daß seine Mutter meinte, als er ihr in strahlender Freude das viele Geld für den lahmen Gänseflügel gab: „Schab, daß der Trax nur eine bißchen hat. Wäre das a Glück gewesen, wenn er die anderen Gänse a derwischt hätte.“

Lore kam dann einige Tage nach diesem Vorfall über die Wiese gesprungen und erkundigte sich nach der kriegelahmen Patientin und von da an kam sie öfter und öfter auf dem Hüte-anger. Sie fand freude an Gänsehüten und auch an der Unterhaltung mit Joseph, der ihr in allem und überall recht gab und sich samt seinen gefiederten Lieblichen mit Freunden von der feinen verständigen Lore nach allen Richtungen hin tyrannisieren ließ. Er war froh und stolz darauf, wenn sie nur mit ihm sprach.

Eines Tages war dann Lore auf einmal ausgeblieben. Früher wie sonst trieb Joseph seine Gänse heim. Die Mutter schalt darob; Joseph setzte sich still vor die Haustür und sah angesehentlich in sein Schulbuch als ob er lernte. Num war die Mutter wieder still, und im Hause beschäftigt, schlich sich Joseph leise weg von der Haustür und lief die Dorfstraße hinab, direkt vor das Wirtshaus.

„Lore! Lore!“ rief er, wie er es immer getan, zum Fenster hinauf. Statt Lore's dunklem Kopfschönen erschien am Fenster aber die Frau Mama.



# Das Uebel sitzt tiefer

Der rechte Arzt unterscheidet sich vom Kurpfuscher darin, daß er der Krankheit auf den Grund geht. Er beobachtet am Körper die Krankheitserscheinungen, untersucht die erkennbaren Glieder auf die Ursachen der Entzündung, auf die Ursachen des Ausbleibens ihrer regelrechten Tätigkeit. Hat er die Störungen als eingetragene Gifte oder sonstige Fremdkörper, als falsche Lagerungen erkannt, so beseitigt er diese, nimmt auch bereits gezeichnete, nicht mehr lebensfähige Körperteile fort und sucht nun mit aller Kunst der Behandlung wie mit Hilfe der Arzneimittel die vom Körper in die Natur gelegenen Kräfte, dazu die feinsten Kräfte des Lebensmutes, der Lebenskraft zu ungehindertem Ausbruch anzuregen. Diese werden dann schon die Heilung besorgen, die sie allein nur besorgen können. Denn organisches Leben wächst und gedeiht nur von innen aus der Lebenskraft der Seele; von außen her, mit unorganischen, mechanischen, also in sich toten Kräfte kann selbst der größte Gelehrte weder das kranke Leben hervorbringen noch auch vorhandenes Leben wiederherstellen. Darum sucht der rechte Arzt nur nach dem Einen: wie er die geheimen Naturkräfte des Wunderbaues des menschlichen Leibes recht tief erkennen und ihr geheimnisvolles Leben und Weben belauschen könne.

Ganz anders der Kurpfuscher. Sieht der Arzt die Dinge von innen, so sieht sie der Kurpfuscher nur von außen. Er beachtet die grundsätzliche Kräfte, an deren Fortschreiten der Menschenteile gearbeitet haben. Er tutiert mit Hilfe einiger unverständlicher äußerlicher Beobachtungen an den äußeren Krankheitserscheinungen herum. Der Fäulnis- und Wundtätigkeit ist die Hauptsache, daneben der Glaube daran, daß der Kurpfuscher heren kann, wo die Kräfte hoh das können, was sie finden und erforscht haben. In seiner Oberflächlichkeit und Selbstüberhebung denkt er nicht daran, daß der menschliche Leib ein Wunderwerk lebendigen Lebens ist, in dem laufend und verschieden geartete Lebenskräfte Hand in Hand arbeiten, sinnvoller als die wunderbarsten von Menschentum erfundene Maschine. Noch weniger sucht er in heiliger Scheu diese Lebenskräfte in ihrem stillen Wirken zu pflegen und zu fördern. Das bekehrt vor schon besser zu machen; dafür haben wir eben unsere Geheimmittel. Wie sich aber bald herausstellt, ist in der Natur mit Pfuscheri keine Krankheit zu beheben.

Das entstellte Antlitz des deutschen Volkes befindet, daß in seinem Körper ein Fieber wüthet, das die einzelnen Glieder auseinander und gegeneinander treibt. Vergebens warteten wir in den zwei Jahren nach der Revolution darauf, daß der Fieberherd erlosche. Und doch haben wir so viele schöne Gesetze gemacht, die Volkstugend und Gleichberechtigung bringen. Alle Verwaltungskörperchaften sind paritätisch, unparteiisch zusammengesetzt, daneben besitzen Betriebsräte, außerdem steht für jeden Interessent eine Schlichtungsinstanz bereit. So wollte man den Ausgleich der Interessen herbeiführen und das Volksgemeinschaftsleben erneuern. Die meisten Volksgenossen sind aber heute innerlich größere Fremden, als sie vor dem Krieg waren. Wie ist unter uns so massenhaft und so gründlich von oben und unten Ausbeutung getrieben, als nach der Revolution, nie vorher haben sich die einzelnen Stände so mißtrauisch und nur auf den organisierten Interessentkampf bedacht gegenübergestellt. Wir müssen deshalb zur Einsicht kommen, daß wir so lange nur Kurpfuscherei treiben, als wir nicht beschaffen haben, was uns die heilbringenden Sozialreformwerke gelehrt haben, daß man mit äußerlichen, mechanischen Maßnahmen und Mitteln wohl Grundkräfte, Maschinen und andere erte Stoffe zur Gemeinwirtschaft zusammenwerfen kann, daß man aber Menschen nicht von außen mechanisch sozialisieren, unter ihnen eine echte Gemeinschaftsarbeit aus der Gemeinschaftsgehung der Würdevollheit nicht kommandieren und verordnen kann, selbst nicht bei programmatischen Anhängern des Sozialismus. Jedes Gemeinlichste des Menschen in Familie, Stand, Volk, Staat, Nation ist, ebenso wie das leiblich-feelische Leben des Einzelnen, organisch geformt, das aus der Hand des Schöpfers hervorgeht, das aber Menschen nicht hinwegmachen können, sondern organisieren können. Sie können es nur ehrsüchtig pflegen in den Seelen von Menschen, die sich einander von Natur und durch das Schicksal zur Lebensgemeinschaft bewachsen glauben, die darum einander menschlich etwas sein wollen, in Vertrauen, Freundschaft, Treue, Hilfsbereitschaft, Fez, an stätiger, sich an andere verdienender Liebe. In dieser will der eine den anderen beglücken nicht durch ein Stück Geld oder Gut, sondern durch die persönliche Hingabe an ihn in einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft. In dieser ist jeder gegenüber dem anderen ein Glied, das sich mit ihm eins fühlt, nicht aber ein Konkurrent, ein Hocher Interessent oder gar ein Interessentgegner. Eine Weisheit, eine Freundschaft aus Profitkalkulation ist von Anfang an innerlich todt und für die Beteiligten die Quelle von Unheil. So ist auch unser soziales und staatsbürgerliche Volksgemeinschaftsleben innerlich krank und weilt in, weil nicht der natürliche Gemeinschaftsgeist, sondern der berechnende Egoismus, die Selbstsucht, die kapitalistische Erwerbsgier hoh von des Profites willen für Augenblicke der Ausbeutung ihrer Auffassung vom Ankommen geordnet ist. Sie alle stellen sich in alle Selbstherrliche, niemanden verpflichteten Einzelmenschen, als Individuen, die den anderen nur um der Gegenleistung oder um des blanken Profites Willen etwas schulden sein wollen. Darum regiert Hunger- und Schiebewesen unser verworrenes Wirtschaftsleben, die weitere Forderung besorgen die unzähligen Interessentorganisationen, die alle von anderen mißachtet viel haben wollen. Ganze Arbeit machen die rübermäßig vornehmen Kommunitäten, Hebevoll ist das einseitige Eintreten für die eigenen Interessen der Konkurrenz, der naturgemäß nur auseinandertreiben, nicht verbunden kann. Damit mußte langsam das Ankommenleben der Mensch eine Qual werden, die kaum auszuhalten ist.

Hier sitzt das Gift unseres sozialen und staatlichen Glendes. Keine Sozial- und Staatspolitik bringt es fertig, aus einzelnen Menschen ein erträgliches, noch weniger ein behägliches Gemeinlichsteleben aufzubauen. Aber noch so betrübliche Arbeit bleibt als Wert an Menschlichkeit, solange nicht vorher alle Anticantanten, vor allem die Volkstümmer und Volkstreiber, die Volkstücker und Sozialpolitiker durch ihr Beispiel hinreichende Verleumer des Gemeinlichstelebens werden, das von der Natur in jede Menschenseele gelegt ist. Das bloße Verführen eines Systems des Sozialismus bleibt Schall und Rauch. Ohne jeder Kritik kann sich herum Gemeinlichstleben aus stätiger Gewinnung, aus dem Ehos der Schicksalsverbundenheit. Dann wird der Gemeinlichstgehalt als Seele das vom Schöpfer gemachte Gemeinlichstleben des deutschen Volkes rauh heilen und das berechnete, aber dem Gemeinlichst untergeordnete Interessentstreben des Einzelnen zum Segen werden lassen. E. A.

# Aus der katholischen Welt

### Eine Würdigung des verstorbenen Bischof Benzler

Der gegenwärtige Bischof von Reg., Dr. Johann Baptist Bell, hat, wie der „Sächsischen Volkszeitung“ berichtet wird, seinem am 17. April in Regensburg bei Baden verstorbenen Vorgänger Willibrod Benzler O. S. B. einen Dintendrief gewidmet, der am letzten Sonntag in deutscher und französischer Sprache von allen Angehörigen des Bistums verlesen wurde. Er würdigt darin die Verdienste des verewigten Oberhirten um das religiöse Leben seiner früheren Diözese, dessen jezigem Leiter er noch kurze Zeit vor seinem Tode mit zitternder Hand schrieb: „Ich glaub, diesmal wird der liebe Gott auch zu Sich rufen. Ich sende demnach Ihnen und all den Herren des bischöflichen Ordinariats meinen letzten Gruß und sage Ihnen: Auf Wiedersehen im Himmel!“ Der Dintendrief zählt unter den Verdiensten des verewigten Bischofs besonders auf seine erfolgreichen Bemühungen um die Gründung des Vereins der hl. Familie und seine wirksame Förderung der eucharistischen Bewegung, namentlich durch die Veranstaltung des Eucharistischen Kongresses im August 1907. Dadurch wurde die Zahl der hl. Kommunionen jährlich stetig gemehrt und erreichte bei Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 eine Höhe, die vier- bis fünfmal jene aus dem Jahre 1907 übertraf. „Hätte Hr. Benzler“, heißt es in dem Dintendrief, „während seines Episcopates nur dies eine erreicht, nämlich auf diese Weise das katholische Leben anzuregen und die Andacht zum eucharistischen Heiland zu pflegen, wahrlich, es wäre dies schon genug, um ihm einen Ehrenplatz neben dem erlauchtesten Oberhirten der Weiber Kirche zu sichern.“ Des weitern weist Bischof Bell hin auf die Förderung des liturgischen Geistes, die Anwendung der Regeln der hl. Liturgie und die möglichst würdige und eindrucksvolle Feier des Gottesdienstes in der Kathedrale, was dem Verewigten als Mitglied des die religiöse Kunst in vorbildlicher Art pflegenden Penediktinerordens besonders am Herzen lag. Durch die Herausgabe eines eigenen Kirchengesangbuches nach dem Kultur des neuen von Bischof Frißen angeregten Straßburger Gesangbuches wurde auch der schöne und erhabende kirchliche Volksgefang bis in die kleinsten Pfarzen verplant und ebenso der georgianische Gesang nach den Vorschriften des Bischofs in allen Gotteshäusern möglichst kunstgerecht gelehrt. — Für die Seelenruhe des verstorbenen Bischofs Benzler fand am 18. April im Dome zu Reg. ein feierliches Pontifikalamt statt.

Druck von

# Massenaufgaben

Zeitungsbeilagen, Flugblätter, Anschläge

ein- und zweifarbig, in Flach- oder Rotationsdruck, liefert schnell u. preiswert

## Saxonia - Buchdruckerei G. m. b. H.,

Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46 :: Fernspr. 21366

### Inthronisation des neuen Bischof von Mainz

Im Dom zu Mainz vollzog, wie die „Sächs. Volkszeitung“ berichtet, am 27. April der Bischof von Freiburg, Dr. Karl Frey, die Inthronisation des neuen Bischof von Mainz, Dr. Ludwig Maria Hugo, dessen Weihe zum Bischof bereits am 10. April im Dom zu Speyer stattgefunden hatte. Nach feierlichem Pontifikalamt erfolgte die Einführung des neuen Oberhauptes der Diözese Mainz in sein Amt. In die Eideabiegung der Geistlichen schloß sich die erste Ansprache des Bischofs Dr. Hugo an seine Diözesanen. Nach Beendigung der Feier wurden die Bischöfe von der Weihlichkeit, den Fahnenrequisiten und Abordnungen der Vereine usw. zum bischöflichen Palais geleitet, woselbst Empfang war.

### Thüringer Katholikentag

Der diesjährige Thüringer Katholikentag soll in Saalfeld a. S., und zwar schon am 2. Pfingstfesttag (16. Mai) stattfinden. Wohl ist es in der Geschichte unserer Katholikentage einzig dastehend, daß eine kleine Gemeinde von kaum 800 bis 400 Mitgliedern sich an ein solches Unternehmern macht, auch nach den imposanten und prachtvollen Katholikentagen von Erfurt und Weimar. Doch vertrauen auf Gottes Hilfe und die Unterstützung der Glaubensgenossen von nah und fern sowie ermutigt durch den erhebenden Verlauf der im vorigen Jahre hier abgehaltenen Tagung der Katholiken Thüringens will die katholische Gemeinde Saalfeld die Ehre und Last einer solchen Veranstaltung übernehmen.

### Bischöfliche Auszeichnungen

Der St. Vater hat anlässlich der Kanonikheit des Bischofs von Fulda in Rom einer Reihe von Priestern der Diözese Auszeichnungen verliehen. Domkapitular Herbener, der kürzlich sein 50jähriges Priesterjubiläum gefeiert hat, Vorsitzender des Diözesanrates des Caritasvereins und langjähriger Präsident der Männer- und Jungmännerbund, wurde zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt. Die Würde eines Päpstlichen Geheimkammerers wurde verliehen dem Herrn Domkapitular Dr. Leibbach, Professor am Priesterseminar, Herausgeber der biblischen Volksbücher, Präses des Kaufmännischen Verschönerungs- und Arbeitervereins und Diözesanpräses der Jungmännerbund; dem Herrn Dompropädeuten Dr. Thielemann, Superior der Genossenschaft der Vermehrigen Schweltern vom hl. Vincenz von Paul, Professor am Priesterseminar und Vorsitzender des Caritasverbandes; dem Dekananten Jeßelt in Freilich, dem kunstverständigen Restaurator der altgewürdigten Peterskirche zu Freilich, und dem Herreren Albert in Fulda (früher in Gemelsbach, Rhön, wo er eine Kirche baute und die Pfarre gründete), dem Herausgeber und langjährigen Schriftleiter des Bonifatiusboten, des Sonntagblattes der Diözese, Diözesanpräses des Weckensvereins, Geschäftsführer des Weckensvereins und langjähriger Interreligionsdirektor der Weckensvereins der Rhön.

### Ein Katholikentag soll in Nürnberg

und zwar am 7. und 8. Mai, stattfinden.

Nürnberg i. B. Am 24. April fand im hohen Dom die feierliche Konsekration des neuen Weibischöfs Scheifers durch Bischof Dr. Johannes Wonenburger unter Assistenz der Weibischöflichen Anselming von Langenauer aus Vadersborn und Dr. Rausberg aus Rhön statt.

Wie die „Sächs. Volkszeitung“ berichtet, brachte der Papst, der den Bischof von Osnabrück in einstündiger Privataudienz empfing, sein Interesse für die Not unseres Vaterlandes zum Ausdruck. Er freute sich darüber, daß die Ernennung der beiden deutschen Kardinals auch als Beweis seiner Liebe für die deutsche Nation aufgefaßt würde.

# Nachrichten aus Sachsen

## Wertwürdige Zustände

Unter dieser Spitzmarke wird uns von sachseländiger Seite geschrieben: Eine eigentümliche und recht unerfreuliche Erscheinung mußten in letzter Zeit verschiedene Landwirte in der Sächs. u. s. w. machen: Sie bekamen nämlich einen Strafbeschl in Höhe von etwa 800 bis 400 Mark und auch darüber, weil sie ihr Vieh zu teuer verkauft haben sollten. Das Eigenartige dieser Maßnahme leuchtet sofort ein, wenn man den Sachverhalt etwas näher betrachtet. Beim Verkauf von Kälbern und Rindern boten im Januar und Februar die Fleischer den Landwirten etwa 800 Mark für den jeztener Lebendgewicht. Am 1. Oktober vorigen Jahres hat zwar die Zwangswirtschaft für Fleisch das langersehnte Ende gefunden, aber für den Verkehr mit Schlachtwieh ist feinerzeit in der Kreischaupfandwirtschaft Rungen für Kälber ein Höchstpreis von 450 Mark festgesetzt worden. Eigentümlicherweise hat man damals keine Rücksicht genommen auf das verschiedene Alter und den entsprechend verschiedenen Wert der Schlachttiere. Die Fleischer boten den Landwirten 800 Mark an mit der doppelten Begründung: Dieses Vieh ist diese Summe wert, denn es ist bei einem Kleinverkauf von 11-12 M. für ein Pfund ausgenommen und zweitens ist es die einzige Möglichkeit, überhaupt Vieh zu erhalten, da es sonst nach Preußen geht. Die Landwirte haben natürlich den geliebten Preis genommen und an der Rechtmäßigkeit des Handelst durchaus nicht gezweifelt, denn in diesen Monaten konnte man regelmäßig in den Marktberichten lesen: 50 Kilogramm Lebendgewicht 800 bis 900 Mark. Da „infolge Maul- und Klauenseuche“ der Markt in Rungen nicht notiert war, nahm man allgemein den obigen Dresdener Preis als gültig an. Und da der Verkaufspreis in dieser Gegend noch um ein Drittel hinter den Preisen im Marktbericht zurückblieb, ahnte niemand etwas Neues. Nachdem aber die Schlachtwiehe an die Kreischaupfandwirtschaft eingekauft waren, erschien sehr bald der Oberwachmeister und stellte Erörterungen an und die Folge war die anfänglich erwähnte Strafverurteilung. Aber nicht etwa für die Fleischer, die den Preis geboten, sondern nur für den Landwirt.

In den mir bekannten Fällen handelt es sich meist um kleinere Landwirte mit 7 bis 8 Scheffeln Land und zwei bis fünf Kühen, die froh waren, für gutes Vieh einen entsprechenden Preis zu erhalten. Es wiert für die Landwirte wenig ermutigend, wenn auf der einen Seite das Fleisch freigegeben, auf der anderen Seite für das Vieh Höchstpreise festgesetzt werden, die als Höchstpreise behandelt werden. Nach der Einspruch der Landwirte sind dann dieselben in der ersten Instanz auch freigegeben worden, aber die Staatsanwaltschaft hat dagegen Einspruch erhoben, und man darf gespannt sein, welches Urteil die zweite Instanz fällen wird. Es wäre wirklich nicht zu verstehen, wenn es anders lautete als das der ersten Instanz, da sich die Verkäufer einer verbotenen strengen Handlung nicht bewusst gewesen sind. Außerdem ist zu beachten, daß die Höchstpreise in der Kreischaupfandwirtschaft Rungen eigentümlicherweise bedeutend niedriger festgesetzt worden sind als andernorts, zumal doch durch die staatlichen Preisfestsetzungen 250 Scheffel Weizen verloren gegangen sind und so durch diese Futterverminderung nicht eine Verbilligung, sondern eher eine Verteuerung der Futtermittel hervorgerufen wird.

### Betriebsstilllegungen und Betriebsabbau

Die vom Feindbunde verhängten Ausführerschwerungen und die damit zusammenhängenden Betriebsstilllegungen und Betriebsabbau lassen es wünschenswert erscheinen, auf folgenden hingenweisen: 1. Demobilisationsbehörde im Sinne der Verordnung, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbau und Stilllegungen vom 8. November 1920 (RGBl. I, 1901) ist für den Bereich des Freistaates Sachsen das Arbeitsministerium. Ihm müssen unmittelbar die Anzeigen über beabsichtigte Betriebsabbau und Betriebsstilllegungen zugeleitet werden. Eine Abgabe der Anzeigen an die Demobilisations-Kommission bei den Kreischaupfandwirtschaften, oder an die Amtshauptmannschaften, oder an die Stadträde oder an die Gemeindebehörden, sowie an die Arbeitsämter ist unzulässig, weil diese Stellen selbständige Erörterungen über sonstige Verfügungen nach der Verordnung nicht ausüben können, vielmehr die Anzeigen ohne weiteres an das Arbeitsministerium weiterleiten müssen. Sie ist aber auch für den Anzeigepflichtigen mit Rücksicht verbunden. Denn der Ablauf der Zeit mit dem Tage der Anzeige beim Arbeitsministerium beginnt der Sperrfrist von vier bezw. sechs Wochen, innerhalb welcher ohne Genehmigung des Arbeitsministeriums eine die ordnungsmäßige Führung des Betriebes beeinträchtigende Veränderung der Anlage oder Rechtslage nicht vorgenommen werden darf, wird unmittelbar hinausgeschoben. Außerdem verdrängt sich die innerhalb der Sperrfrist durchzuführende und regelmäßig sehr dringende Auffklärung darüber, welche Umstände die beabsichtigte Maßnahme veranlassen haben und welche Hilfsmittel zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Betriebes angezogen erscheinen. 2. Es empfiehlt sich, mit Rücksicht auf die Strafandrohung der Verordnung auch in den Fällen, in denen es zweifelhaft ist, ob eine Anzeigepflicht besteht oder nicht, unter allen Umständen Anzeige zu erstatten und die endgültige Entscheidung darüber dem Arbeitsministerium zu überlassen. 3. Bei Aufhebung der Sperrfrist gedungen werden muß, erschien es dringend angebracht, die Anzeige so zeitig als möglich zu erstatten, und nicht erst zu warten bis zu einem Zeitpunkt, zu dem nach Ansicht des Anzeigepflichtigen die Einhaltung der Sperrfrist wegen der damit verbundenen schweren wirtschaftlichen Nachteile unmöglich ist. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, insbesondere, wenn unvorhergesehen, das heißt trotz Ausbleibens aller erforderlichen Sorgfalt nicht vorher bestimmbarer Ereignisse vorliegen, können Betriebsabbau oder Betriebsstilllegungen sofort oder mit Zustimmung des Arbeitsministeriums vor Ablauf der Sperrfrist vorgenommen werden.

### Legitimierung ausländischer Arbeiter

Ausländische Arbeiter, die innerhalb des Freistaates Sachsen beschäftigt sind, müssen bekanntlich von deutschen Behörden ausgestellte Legitimationskarten führen, da die fremdbländischen ihrer Heimatsbehörden in sehr vielen Fällen wegen ihrer Fremdsprachigkeit den in Betracht kommenden deutschen Dienststellen die Feststellung der Verlässlichkeit erschweren würden. Die Regelung ist getroffen worden im Einvernehmen mit dem preussischen Minister des Innern, da Sachsen in einer so wichtigen Frage nicht in der Lage ist, ein abweichendes Verfahren anzuwenden. In der Presse wurde nun darüber geklagt, daß die Behörden für die Legitimierung so hoch seien, daß für die Arbeiter schwer erträgliches Härten sich daraus ergeben. Es ist aber vom sächsischen Ministerium des Innern in Übereinstimmung mit dem preussischen Minister bereits angeordnet worden, daß sich die Gebühr für die Ausstellung neuer Legitimationskarten auf fünf Mark für solche ausländische Arbeiter ermähige, die sich am 1. Januar 1921 in Stellung befinden, noch gültige Auswärtspässe besitzen und den Erneuerungsantrag bei ihrer Ortspolizeibehörde bis zum 31. März 1921 gestellt hatten. Vorhergehende, deren Gültigkeitsdauer am Tage der Beantragung der Legitimierung noch nicht abgelaufen sein darf, sind im Sinne der neuen Bestimmung nur dann als gültig anzusehen, wenn sie zu dem Zeitpunkt am 1. Januar 1921 bestandenen Arbeitsverhältnis in Beziehung stehen. Besonders beklagt wird von manchen Seiten, daß es nicht möglich ist, die deutschstämmigen Arbeiter, aus der Tschecho-Slowakei von diesen Bestimmungen ausgenommen. Einmal fahren aber auch für amtliche Anzeigepapiere, die vielfach

**Christlich dankende Arbeitnehmer aller Berufe**  
im Bezirk **Leipzig**

Anden in den christlich-nationalen Gewerkschaften die beste Interessen-Vortretung.

Büro: Leipzig, Dillrichring 3a, Fernruf 2364, geöffnet von 8-7 Uhr.



in der Sprache ihrer Heimatbehörden, also tschechisch, ausgestellt worden sind, sodann würde eine solche Ausnahmebewilligung gegen die Bestimmungen des Artikels 276 des Verfallers Vertrag...

Unzulässige Geldsammlung

Das Ministerium des Inneren hat der Reichsvereinigung Heimatbund (Sitz Berlin Nr. 18, Große Frankfurter Str. 88, 1) die Werbemittel und die Sammlung von Geldbeiträgen in Sachsen untersagt.

Die amtliche Jahresberichte über Gewerkschaft

Die amtliche Ausgabe der Jahresberichte der sächsischen Gewerkschaftsbeamten und Vergütungspersonen für 1920 ist im Druck und wird Ende dieses Monats erscheinen.

Postwertzeichen

Infolge der am 1. April in Kraft getretenen neuen Postwertzeichens ergeben sich auf dem Gebiete der Postwertzeichen verschiedene Änderungen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Diamantnes Jubiläum des Leipziger katholischen Gesellenvereins

Wenn man die Entwicklung der katholischen Kirche Deutschlands im letzten Jahrhundert überblickt, so muß in das Dutzend des Jahrhunderts die erste, in das des katholischen Stolz einzeln. Sie erfolgte hat sie es doch vorhanden, alle Stände, die ihrem Glauben anhängen, zu sammeln.

Die Naturmenschen ohne Sünde und Gnade

Der christliche Glaube lehrt die Erbsünde, den Zustand der Schuld des Menschen vom Augenblicke der Empfängnis an bis zur Taufe, lehrt die schlummernde Reue des jungen Menschen zum Witten.

Glaube und Vernunft

Der Christ kennt zwei Offenbarungen Gottes: die Welt im Lichte der menschlichen Vernunft und die heilige Schrift, Gott der unendlich Wahre, widerspricht sich nicht.

Der Höhepunkt des Abends

Den Höhepunkt des Abends bildete jedoch untrüglich die Rede des Rates Erasmus Baumkötter C. R. M. aus Halle. Dieser Mann in seiner schlichten Rute schälte in einer wohlthuenden Form, gedankentief den Kern des Gesellenvereins, wie ihn Kolping einst gründete, heraus.

spielte sich Herr Konzertmeister Kolb mit seinem seelendollen Spiele in der Herzen der Anwesenden, die ihren Dank durch wiederholten Beifall zum Ausdruck brachten.

Dresden. (Gesellschaft „Dennoch“)

Im Rath. Seminar zu Rauschen soll den im Weltkrieg gefallenen katholischen Lehrern Sächsens ein Ehrenmal errichtet werden, wozu große Geldmittel erforderlich sind.

Dresden-Johannstadt. Der „Altkameraden“

Abteilung des R. J. V. veranstaltet Sonntag, den 8. Mai abends 7 Uhr im Gesellschaftsraum des „Dennoch“ am 7. Mai abends 7 Uhr in der Dresdener Kaufmannschaft ein Wohl-tätigkeitskonzert.

Wien. Vom 20. bis 24. April hielt Herr Oblatenpater

Ranger in der höchsten katholischen Klerikale fünf apologetische Abendvorträge ab, in denen er in meisterhafter Weise das streng bekennensmäßige Christentum aus seinem Wesen heraus gegen die Angriffe der Neuheid und der sogenannten liberalen Christen verteidigte.

Religion ohne Kirche

In unserer modernen Zeit die Kirche im Wirtschaftsleben, in der Politik, kurz überall, wo Menschen sind. Warum läßt man für das religiöse Leben diesen Auf nicht gelten?

Dogmenfreies Evangelium

Der Dogmenfreie Evangelium gelten ohne die fundamentalen Gottesworte des Christen. Und doch zeigt noch jede Seite, gehen nach zahllose Stellen das Organisationsbetreffende Christ.

Dogmenfreier Moralunterricht

Lebenskunde: Der kirchlichen Förderung nach der kirchlich-konfessionellen Schule zum mindesten nach Religionsunterricht in der Schule treten neben den Ungläubigen auch Christen entgegen.

Der Naturmenschen ohne Sünde und Gnade

Der christliche Glaube lehrt die Erbsünde, den Zustand der Schuld des Menschen vom Augenblicke der Empfängnis an bis zur Taufe, lehrt die schlummernde Reue des jungen Menschen zum Witten.

Glaube und Vernunft

Der Christ kennt zwei Offenbarungen Gottes: die Welt im Lichte der menschlichen Vernunft und die heilige Schrift, Gott der unendlich Wahre, widerspricht sich nicht.

Der Höhepunkt des Abends

Den Höhepunkt des Abends bildete jedoch untrüglich die Rede des Rates Erasmus Baumkötter C. R. M. aus Halle. Dieser Mann in seiner schlichten Rute schälte in einer wohlthuenden Form, gedankentief den Kern des Gesellenvereins, wie ihn Kolping einst gründete, heraus.

Lehrer Schröder, 1. Kapellier Herr Meinh Engel, 2. Kapellier Herr Jos. Graf, Archivar Herr Lehrer Ziesch, als Vertreter für das Christentum die Herren Dircke sen. und Postschaffner Graf. Auf ein Verlangen der Ortsgruppe kamen des Rotes Kreuzes um eine Beihilfe zur Unterstützung Kriegshinterbliebener, Kriegsbeschädigter und verarmter Rentner wurden 60 Mark bewilligt.

Am 18. und 19. Mai findet in Fulda im Saale der Darmstadt, Petersstraße 2, eine Zentrumsjugendtagung statt. Das Programm ist wie folgt vorgesehen: Begrüßung durch den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn. Referat: Politische Jugendführung durch die Bindhorstbünde (Hilfslehrerprof. Dr. Koenen-Ponn). Ansprache, Nachmittags 2 Uhr: Referat: Die Organisation der Bindhorstbünde (Dr. Sodel-Verlin). Ansprache und Bildung von Ausschüssen, die am folgenden Tage der Vollversammlung ihre Berichte vorlegen.

Parteinachrichten

Zentrumsjugendtagung in Fulda

Am 18. und 19. Mai findet in Fulda im Saale der Darmstadt, Petersstraße 2, eine Zentrumsjugendtagung statt. Das Programm ist wie folgt vorgesehen: Begrüßung durch den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn. Referat: Politische Jugendführung durch die Bindhorstbünde (Hilfslehrerprof. Dr. Koenen-Ponn). Ansprache, Nachmittags 2 Uhr: Referat: Die Organisation der Bindhorstbünde (Dr. Sodel-Verlin). Ansprache und Bildung von Ausschüssen, die am folgenden Tage der Vollversammlung ihre Berichte vorlegen.

In der Nähe des Volkshauses Fulda wird ein Wohnungsnachweis eingerichtet. Besondere Wünsche bezüglich der Unterkunft sind bis zum 30. April an das Reichsgeneralsekretariat, Berlin W 8, Kreuzstraße 62, 2, nach dem 30. April an das Generalsekretariat der Zentrumspartei in Fulda, Habanusstraße 25, zu richten.

Bauten, Jungzentrum. In der letzten Versammlung des Jungzentrums, die am 22. April stattfand, waren zwei Ehren Gäste erschienen: Herr Dr. Lehne und Herr Oberstudienrat Heideich, der neue Vorstand des Bautener Zentrumvereins. Vor einem unbesetzten Saale hielt Seminarist Gerhard Pirwa einen Vortrag über das Thema „Kommunistische Jugend“. Er hatte den Grundgedanken seines Vortrages, die Jugend solle der Politik mehr Interesse abgewinnen, als es bisher getan worden ist, auf geschickte Weise in die Erzählung eines Lebenslaufes eigener Art bei einer kommunistischen Jugendversammlung verknüpfen.

Einen Gedanken des genannten Vortrages: „Alle Menschen, vereint euch!“ aufgreifend, äußerte Dr. Lehne anschließend in einer längeren Betrachtung die Idee des christlichen Solidarismus aus. Er wies auf die Rede Stegerwalds hin, gehalten auf dem 10. Konvent der christlichen Gewerkschaften in Effen, und auf die Erhebung, gehalten in München-Gladbach, über christlichen Solidarismus. Er sagte, die Menschen sollten sich wieder darauf besinnen, daß sie eine Seele haben. Seele und Kultur sei uns das nötige, neben ihr aber auch die Kultur der christlichen Liebe, des christlichen Solidarismus, der alle Stände in sich schließt, und der aller Menschen Interessen zu fördern sucht.

Der erste Vorsitzende, Seminarist Hoffmann, befruchtete diesmal als Tagesfrage die letzten Vorgänge im Herzen unseres Vaterlandes, in Mitteldeutschland und Berlin. Im Unterhaltungsstil trug Seminarist Gerhard Wagner zwei herrliche Stücke von Edvard Grieg vor: „Es war einmal“ und „Vorüber“. Ein Primaneramt des katholischen Seminars brachte drei gut gelungene Volkslieder zum Vortrag: „Der Mai ist gekommen“, „Das Lieben bringt groß Freud“ und „Menschen von Tharau“. Auch Seminarist Kurt Liebeskind bewies sein Können am Flügel. Er spielte eine „Serenade“ von Mozartowski und den berühmten „Kochelkornmarsch“ von E. Grieg. Einige gemessene Gefühle verdichtete die Versammlung. Alle Parteilager und Redner des Abends ertenen herzlichen Beifall für ihre schönen Gaben.

Planen i. A. Zentrumssolidarität. In der Versammlung am 24. April referierte Herr Johann Dr. Meyer über den Parteitag in Dresden in einem einstündigen Referat. Nebenbei wurde der Vorstand der Ortsgruppe neu konstituiert. Vorsitzender ist Johann Dr. Meyer, dessen Vertreter Kaufmann Piedermaun. Zum Schriftführer wurde gewählt Herr Herr Dente, zu dessen Vertreter Frau Biehl, zum Kassierer Herr Reichsaufkäufer Schmalle. Es wurde der Beschluß gefaßt, regelmäßig alle zwei Monate am Abende des vierten Sonntags eine Versammlung der Ortsgruppe abzuhalten und die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder — bisher 192 — zu mehren. Für jeden der katholischen Vereine wurde eine Vertrauensperson ernannt, welche die Aufgabe hat, innerhalb ihres Vereins der Zentrumspartei nach Herkömmlichen zu gewinnen. Auf Unterstützung unseres Parteivorgans, der „Sächsischen Volkszeitung“, durch Bezug und Zuwendung von Druckaufträgen wurde von verschiedenen Herren hingewiesen. Nebenbei wurde in einem Vortrag über die Bedeutung und Wichtigkeit in unserer schweren Schicksale zu danken. Herr Dr. Meyer schloß die sehr anregende Versammlung gegen 12 Uhr mit dem Wunsch, daß unsere Ortsgruppe im neuen Geschäftsjahre auch ein neues, blühendes Leben entfalten möge.





Leipzig. Am 3. Mai hält der Leipziger Bund der Arbeitervereine...

Jung-Zentrum Wien hielt am vergangenen Mittwoch seine...

Bruchband und Krankenversicherung

Ein großer Teil der Menschheit leidet an Brüchen, die meist durch ein Bruchband zurückgehalten werden müssen...

SEIDEN BAND HAUS Mignon Entzückende Neuheiten in Jackettkragen v. 985 an...

hatte Erfolg, denn das Reichsversicherungsamt hat die Urteile der Vorinstanzen auf und beurteilt die...

Geschäftliches

Im Vergnügungspalast „Fledermaus“, Schandauer Str. 11, bildet der gegenwärtig dabeistehende indische Fakir...

Kirchlicher Wochenkalender

5. Sonntag nach Ostern — 5. Mai: Christi Himmelfahrt...

Das Haus für Qualitätsware

bietet Ihnen eine nicht zu übertreffende Auswahl aller Arten

- Sakko-Anzüge, Sport-Anzüge, Samt-Anzüge, Knaben-Anzüge, Strick-Anzüge, Wasch-Anzüge, Raglans, Schlüpfer, Paletots, Loden-Mäntel, Gummi-Mäntel, Imprägn. Mäntel...

Wickelgamaschen - Sportgamaschen - Hosenträger Berufskleidung, für jeden Beruf passend...

Kirst & Bartsch -- Zittau

Spezialhaus für moderne Herren-, Knaben-, Sport- und Berufsbekleidung

Gute Zigarren kauft man preiswert bei Josef Runte, Dresden-A. Johannesstraße 1 Ecke Georgplatz

ZWEITE AUFLAGE In unserem Verlag ist erschienen OSTRO das „sächsische Troja“...

Kalt- u. Warmwasser-Anlagen Bäder, Waschtische, Klosetts in großer Auswahl Friedrich Gappisch Dresden, Marionstraße 11

Katholisches Geschäfts- und Haus-Personal Insertion in der Sächsischen Volkszeitung

Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte Umpressen und Färben schnell und billigst...

In Boxkaff u. Chevreau, schwarz u. farbig, Rindbox, antike Möbelleder, Sohlen- und Sattlerleder...

Ämtliche Bekanntmachungen Städtische Lebensmittelverteilungen Woche: 1. bis 7. Mai 1921...

Gehr. Arnhold, Bankhaus Konto-Korrent- u. Scheckverkehr Errichtung von Einlage-Konten...

Die p... Unter d... Regier... auf die... Die p... Die p... Die p...



# Die päpstlichen Friedensbemühungen im Sommer 1917

Unter dem Titel „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie“ läßt der ehemalige Reichskanzler Philipp Scheidemann im Verlag für Sozialwissenschaft eine Schrift erscheinen, in welcher er eine Reihe von Dokumenten über die Friedensbemühungen des Papstes im Sommer 1917 mitteilt. Scheidemann sucht hier den Nachweis zu bringen, daß die Abgeordneten des Reichstages damals durch die leitenden Staatsmänner auf das schlimmste getäuscht worden seien. Scheidemann erklärt, die bisherige Zurückhaltung brechen zu müssen, um dem deutschen Volke zu zeigen, wie es damals um einen Frieden der Verständigung betrogen worden sei. Diese Zurückhaltung griffe trotz des Wunsches des Papstes, daß über seine Friedensbemühungen im Jahre 1917 nichts veröffentlicht werde, gebrochen werden. Alles kommt darauf hinaus, daß damals das entscheidende einseitige Wort über Belgien seitens Deutschland nicht gesprochen worden wäre. Der damalige Außenminister Herr von Kühlmann habe, so erklärt Scheidemann, ihm am 9. September wahrheitswidrig versichert, der Vatikan bestehe gar nicht darauf, daß über Belgien in der deutschen Antwort auf den päpstlichen Friedensschritt etwas gesagt werde. Scheidemann glaubt nachweisen zu können, daß der Kaiser damals von den verschiedensten Seiten beeinflusst worden war. Scheidemann teilt in diesem Zusammenhange Randbemerkungen des Kaisers an Mitteilungen über Wien aus solchem Friedensfühler mit, die recht scharfer Natur sind. So bemerkt der Kaiser bei den Stellen eines Briefes, die auf einen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten (Erzberger?) hinweisen, als den Witwiffen solcher Friedensunternehmungen am Rande: „Der Hund!“, ein anderesmal: „Der Salunkel!“ Scheidemann teilt auch mit, wie sich der Pontius Paelli einmal überaus gewundert habe über die Auffassungen des Kaisers hinsichtlich der „militärischen Verhältnisse“ des Vatikan. Der Kaiser habe gesagt, soweit er die irdischen Verhältnisse kenne, könnte der Papst den feilschenden Post des Vatikan überhaupt nicht stören. Man brauche dazu 15-Zentimeter-Geschütze. Auch würde der Schwarze Adel sich zur Verfügung stellen. Außerdem hätte man im Vatikan auch Vorkehrungen getroffen; dort seien 30.000 Gewehre, 25 Maschinengewehre und 1000.000 Patronen auf Lager. Paelli soll bei diesen Angaben des Kaisers verblüfft gewesen sein, aber keinen Widerspruch erhoben haben.

Was nun die diplomatischen Verhandlungen während des päpstlichen Friedensschrittes angeht, so erfahren wir darüber folgendes an Dokumenten: Am 22. August 1917, also über einem Monat nach Annahme der Friedensresolution im Reichstage, telegraphierte der Reichskanzler Michaelis an Herrn von Wedel: „Nach einer vom päpstlichen Vertreter hierher übermittelten vertraulichen Mitteilung des Kardinals Gasparri erklärt der englische Gesandte beim päpstlichen Stuhl: „Der König von England habe die Friedensvorschläge mit der aufrichtigen Wertschätzung der erhabenen und wohlwollenden Gesinnungen, welche den Papst befehlen, aufgenommen. Die englische Regierung würde dieselben mit der größten und ernstesten Aufmerksamkeit erwägen.“ Dazu bemerkt der Reichskanzler Michaelis: „Meines Erachtens muß unser Bestreben dahin gehen, das Obium eines ewigen Scheiterns des päpstlichen Vermittlungsversuches auf unsere Gegner abzumägen und sie ins Unrecht zu setzen, wie es im Dezember v. J. mit unserer Friedensaktion der Fall gewesen ist. Ich beabsichtige daher, die Angelegenheit ziemlich diskretionär zu behandeln, mit der Abwendung unserer endgültigen Antwort zu warten, bis eine genauere Kenntnis der Stimmung und eine zweckdienliche Stellung ermöglicht.“

Der deutsche Vorkanzler in Wien von Wedel telegraphierte an das Auswärtige Amt, daß Kaiser Karl zu einer Antwort fest entschlossen sei, zu der er auch fertig gedrängt würde. Aus Washington war inzwischen eine Note eingegangen, die unter anderem folgenden Satz enthielt: „Wir können das Wort der gegenwärtigen Weltregierung nicht als Vorschlag für irgend etwas annehmen, was dauerhaft sein soll, wenn es nicht durch den bereitwilligen Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes selbst unterstützt wird, so daß die anderen Völker gerechtfertigt wären, es anzunehmen.“ Eine Bemerkung des Kaisers zu dieser Note lautet: „Wilson muß darauf verzichten, daß deutsche Völk zu haben, wie er es will. Er muß es nehmen, wie es ist. Ein Wilson-Verständigungsfrieden wird weder vom Volk, noch vom Heer, noch vom Kaiser akzeptiert. Es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird.“

Im Sommer 1917 hatte, nach den Mitteilungen Scheidemanns, der Kaiser ein Gespräch mit dem päpstlichen Nuntius, für dessen authentischen Wortlaut er sich verbürgt. Darin bezeichnete der Kaiser die katholische Kirche als die berufenste Instanz zur Friedenspropaganda. Die Sozialdemokratie habe die Bedeutung solcher Propaganda richtig erkannt und habe als erste den Mut gehabt, sich in den Dienst des Friedens zu stellen und das bleibende dauernde Verdienst der Sozialdemokraten. Durch anonyme Schreiben und andere Mittel sei auf den Kaiser eingewirkt worden, um ihm diese Friedenssehnsucht auszutreiben. Der Papst sei entschlossen gewesen, allen am Kriege beteiligten Nationen einen Verhandlungsvorschlag zu unterbreiten, dessen wichtigster Punkt Belgien betraf. Außer dem damals besetzten französischen Gebiet sollte ganz Belgien von den deutschen Truppen geräumt werden. Belgiens vollständige Unabhängigkeit sollte von Deutschland, England und Frankreich durch geeignete Garantien gesichert werden. Scheidemann glaubt dann darlegen zu können, daß von der deutschen Diplomatie, die umgekehrt für Deutschland Garantien hinsichtlich Belgiens verlangte, der päpstliche Plan durch halsstarrige Unnachgiebigkeit zum Scheitern gebracht wurde.

Wie sehr die Anzie bestrebt war, auf die kaiserlich deutsche Regierung einzuwirken, und sie zu der zum Gelingen ihres Schrittes unbedingt notwendigen Erklärung über Belgien im Sinne ihres Vorschlages zu bestimmen, geht aus dem Verichte des Vorkanzlers von Hindenburg hervor, der aus Wien am 30. August 1917 an den Reichskanzler Dr. Michaelis abgeschickt worden ist. Es handelt sich um die Unterhaltung mit einem päpstlichen Vertreter über die päpstliche Friedensnote:

„Mit ernsthaftester Eindringlichkeit wies Hr. N. erneut auf die Wichtigkeit der päpstlichen Note und ihrer Verantwortung hin. Wie der Dom von St. Peter seine Umgebung, so übertrug diese Umgebung die übernommenen Friedensbemühungen der Internationalen. Der Konfession liegt veritaulich durchblicken, daß die Vorbereitung des Dokumentes den kriegsführenden Regierungen nicht verheimlicht worden war. Eingehender mußte die Informierung der Zentralmächte ausfallen, da diesen die schwersten Opfer in der Not zugemutet werden, aber auch die Grenzregierungen wurden nicht durch die Note überzogen.“

Dieses Mitwissen war notwendig, denn der Papst wollte und durfte sich auf keiner Seite einem Refus aussetzen. Alles konnte jetzt auf den Inhalt und den Ton der Antworten an, die der Herrschaft dem Papst erteilt werden und unter diesen Antworten mußte gebührendermaßen der deutschen die größte Bedeutung. Das Bekanntwerden dieser Antworten würde die Grenzregierungen, insbesondere England und Frankreich, abwerten, ehe sie ihrerseits eine Antwort erteilten.“

Der Konfession hofft, daß die deutsche Note jede scharfe Sprache vermeiden und besonders keine Betrachtungen über den Ursprung des Krieges und darüber, daß dieser für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei, enthalten werde. Nach sympathischem Eingehen auf die Fragen der Abrüstung, der Schiedsgerichte und der Freiheit der Meere wäre vor allem eine klare Aeußerung über die Räumung Belgiens und das besetzte Frankreich am Platze, die in Beziehungen zur Rückgabe der deutschen Kolonien stehen. Er hoffe weiter, daß die deutsche Note auf einen warmen, humanen Ton gestimmt sein werde, daß sie zum Beispiel dem herzlichen Bedauern Deutschlands für das traurige Los Belgiens, der bezeichnend französischen Departements, Serbiens und Rumaniens Ausdruck gebe. Wenn die Note besonders bezüglich Belgiens befriedigend ausfalle, so sei er überzeugt, daß auch England dem Papst entgegenkommend antwortete. Und England sei nun einmal die wichtigste Nummer im Weltverband.

Ich frage, was Amerika und Rußland tun würden? Der Konfession bemerkte, daß die päpstliche Note mit der russischen Formel: keine Annexionen, keine Entschädigung, einig gehe. Was Amerika betreffe, so betriebe es den Krieg mit der gleichen Energie, wie etwa den Durchbruch des Panamakanals, der bekanntlich viele Jahre gedauert habe und noch immer nicht beendet sei. So lange könnten aber England und Frankreich nicht warten, und läßt sich auch Italien nicht. Wenn England und Frankreich Schluß machen wollten, so würde auch Amerika geneigt sein, von dem kostspieligen europäischen Kriege abzujucken.

Ich frage den Konfession, ob er nicht glaube, daß bei allen Kalkulationen der Entente die der 1. Welt-Krieg der entscheidende Faktor sei. Der Konfession verneinte dies. Der 1. Welt-Krieg bilde eine sehr peinliche Erinnerung der Operationen, aber der ausfallende Faktor sei er nicht und könne den Krieg nicht zu unseren Gunsten entscheiden.

Die päpstliche Note solle die letzte große wohlgegründete Aktion dar, um dem erschöpften Europa endlich, wenige Schritte vor dem Abgrund, Rettung zu bringen. Scheiterte diese Aktion, so könne man sich die Zukunft gar nicht dunkel genug ausmalen, und besonders das Schicksal der Zentralmächte würde ein schreckliches sein. Das müsse er als ehrlicher Freund der Zentralmächte mit Trauer befehlen, und er hoffe daher vor allem, daß die deutschen und die österreichisch-ungarischen Antworten die erlösenden Worte enthalten werden, auf die Hunderte von Millionen sehnsüchtig warteten.“

5. September 1917. Der einmündig erwähnte äußerst tüchtige Vertreter des Papstes schickte in einem, den 30. August 1917 datierten, in Berlin am 5. September 1917 eingegangenen Briefe an den Reichskanzler Dr. Michaelis die Abschriften eines Telegramms des englischen Gesandten ein, dessen Ausführungen sich die französische Regierung anschleht, und bemerkt dazu als Standpunkt der Note:

„Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Vermählungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzuführen, welchen anzunehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen erstens eine bestimmte Erklärung über die Abhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; zweitens eine gleichfalls bestimmte Angabe über die Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt.“

Bei dieser Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, sei ein bedeutender Schritt zu weiterer Verhandlung gemacht. Insbesondere hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine kaiserliche Regierung bereits verbürgt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen anzuwirken wird, sobald er seinerseits durch seine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird. Weiterhin möge es mir gestattet sein, der selben Regierung Ausdruck zu geben, daß Eure Exzellenz... sich unübertreffliche Verdienste erworben wird um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer vorläufigen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.“

Am 6. September 1917 berichtet der päpstliche Vertreter an den Gesandten von Ferngen in Berlin streng vertraulich unter anderem folgendes:

„Erzelenz! Ich halte es für möglich, Eure Exzellenz vertraulich mitzuteilen — und durch Ihre heilsamen Vermittlung der kaiserlichen Regierung, daß Seine Eminenz der Kardinal-Staatssekretär in einem an mich gerichteten Briefe lebhaft auf einer günstigen Antwort bezüglich Belgiens besteht. Der englische Gesandte hat von Paris heute mitzuteilen, daß dies der Fall für England nicht ist.“

Man werde alle diese Mitteilungen vom Ende August bis Anfang September mit dem, was Herr von Kühlmann am 9. September erklärt hat!

30. September 1917. Telegramm Nr. 172 aus München an Telegramm Nr. 98 des Auswärtigen Amtes in Berlin. Sehr dringend. Aus dem Inhalt ohne Namensnennung dieses:

„Papstvertreter außerordentlich eindringlich und bekräftigt, daß Arrangements seines Reiches vom 18. d. M. nicht infrage würde. Er las mir ein Telegramm des Kardinal-Staatssekretärs vor, das nach präziser, als es im Briefe erscheint, das Scheitern des Friedenswerkes vorherzieht, wenn es bei dem jetzigen Modus procedendi bleibt. Auf der anderen Seite sei so wenig unter Wille, daß Unbestimmtheit unserer Konzeption“ zu statler Ablehnung führen würde. Seine inständige Bitte ging dahin, ob man nicht doch noch den Text im Sinne der Punkte 3 und 4 abändern könne. Was ich ihm sagte, dies sei noch meiner Ansicht völlig ungeschicklich, hat er, der Stellung des Kardinals folgend, wiederholt, der Heilige Vater möge ausdrücklich ermächtigt werden, unseren Feinden die Worte, die auf die Friedensresolution des Reichstages Bezug nehmen, so zu interpretieren, daß sie die Punkte 3 und 4 einschließen.“

Am 21. September 1917 erfolgt noch ein letzter Versuch des Papstes, Deutschland zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Siehe folgendes Telegramm aus Rom zur Uebereinsung an Berlin:

„Im Interesse des Friedens wird der Heilige Stuhl die Antwort der kaiserlichen Regierung nicht verheimlichen, bis Berlin letztes Wort gesprochen hat über Abschnitt 3 und 4 des päpstlichen Vorschlages.“

Am 22. September 1917 wird folgendes Telefongespräch des päpstlichen Vertreters in München im Anschluß an ein Telegramm (Nr. 173) mit dem Auswärtigen Amte registriert:

„Habe Papstvertreter mitgeteilt, daß nichts mehr zu ändern sei. Er läßt mich auf unsere Unterhaltungen keine anderen Entschlüsse erwarten zu haben, wiederholte aber, daß nach Ansicht des Kardinal-Staatssekretärs, wie sie aus heute eingegangenen Telegramm hervorgeht, die Verhandlungen ab-

gebrochen werden. Am 21. erneuerte er seinen Versuch zu unserer Zustimmung noch einmal.“ Er war ziemlich aufgeregt.

Am 22. September 1917 telegraphiert Staatssekretär von Kühlmann an den preussischen Gesandten in München:

„Durch Herrn v. L. erlaube ich, daß der Papstvertreter zu Eurem Exzellenz gesagt hat, wir müßten den Vermittlungsvorschlägen des Papstes besonders entgegenkommen, weil wir es wären, die den Frieden wünschten. Obwohl Eure Exzellenz dieser Auffassung bereits entgegengetreten sind, bitte ich, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß aus unserer Friedensbereitschaft keineswegs eine Friedensnotwendigkeit zu folgern ist. Kühlmann.“

Man braucht diesen Dokumenten nicht viel hinzuzufügen, sie sprechen eine erschütternde Sprache.“

## Das neue Ortsklassenverzeichnis

Dem Reichstage hat der Reichsfinanzminister ein vorläufiges Ortsklassenverzeichnis unterbreitet. Als dem Reichsrat im Dezember 1920 der Entwurf eines Verzeichnisses vorgelegt wurde, durch welchen eine Anzahl von Städten über 10.000 Einwohner in höhere Ortsklassen eingestuft werden sollten, war die Vorlage des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses noch vor März 1921 in Aussicht genommen. Diese Erwartung hat sich nicht verwirklichen lassen. Die Verhandlungen sind in den Reichstagen nicht abgeschlossen, die Verhandlungen mit den Landesregierungen können baldigt stattfinden, inwiefern aber werden bis zur endgültigen Verabschiedung des Ortsklassenverzeichnisses noch eine Reihe von Monaten vergehen. So lange konnte aber nicht gewartet werden, weil die Verhältnisse, namentlich wegen der ungleichen Behandlung, in der Orten mit unter 10.000 Einwohnern gegenüber den Orten mit höherer Einwohnerzahl, unbillig geworden waren. Die Reichsregierung rechnet darauf, daß das vorläufige Verzeichnis der neuen Ortsklassen angenommen wird. Nur diesen Voraussetzungen hätte die vorläufige Regelung einen Zweck. Der Entwurf ist auf Grund der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1920 und unter Beachtung der Vorschläge der Länder aufgestellt worden. Er bringt in erster Linie eine Neuverteilung der Orte unter 10.000 Einwohner, berührt daneben aber auch alle Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern, die für eine höhere Ortsklasse als vorgeschlagen werden. Dabei war es auf Grund neuerer Untersuchungen notwendig, verschiedentlich über die auf Grund der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1920 erfolgten Einklassungen hinauszuweisen.

Der vorgelegte Entwurf enthält also alle Gemeinden innerhalb des Reiches, die für eine höhere Ortsklasse als vorgeschlagen werden, und tritt an die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses nebst den inzwischen erfolgten Änderungen und Ergänzungen für die Einreihung der Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern nach dem Ergebnis der Neuverteilung zur Verfügung, deren Ergebnisse seit Februar 1920 vorliegen. Eine brauchbare Grundlage bilden dabei die Durchschnitte aus den Steuerzahlen mehrerer Monate. Für die Einreihung der Orte mit weniger als 10.000 Einwohnern dient die von einzelnen Landesregierungen gemachten Vorschläge als Grundlage. Es konnten aber nicht alle Wünsche der Länder berücksichtigt werden. Derabstufungen sind in der Vorlage nicht vorgenommen worden. Soweit erforderlich, sollen sie der endgültigen Regelung vorbehalten bleiben. Andererseits wird die Reichsregierung, wenn sich bei den späteren Verhandlungen die niedrige Einreihung eines Ortes herausstellt, nicht an dem Verzeichnis festhalten, sondern der gerechten Einreihung des betreffenden Ortes zustimmen. Die Vollziehung einer Zeit, bis zu der spätestens das Ortsklassenverzeichnis endgültig festzustellen soll, entspricht den Wünschen der Landesregierungen. Sie empfiehlt sich auch, um die Vollständigkeit einer Vollständigung der endgültigen Regelung zu betonen und auf eine feste Vollziehung hinzuwirken. Die Hebung mehrerer hundert von Orten in zahlreichen Klassen um verschiedene Klassen bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Auch aus diesem Grunde muß die Reichsregierung zu Uebereinstimmung mit dem Reichstage Wert darauf legen, die Beschlüsse möglichst bald in den Wunsch der höchsten Stelle zu setzen und bei demnächst der endgültigen Entscheidung des Reichstages vom 18. März 1921 entsprechend die Anordnungen auf Grund des neuen Ortsklassenverzeichnisses auf Zustimmung des Reichsrates bereits veranlassen.

## Der Solidarismus

Der protestantische Mitarbeiter im Reichsgesetzblatt, Dr. Otto Finckhmann, hat gelegentlich eines Vortrages über die zeitgemäße Thema folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Der Solidarismus schafft eine Partnerschaft mit, wie sie dem Geiste und der Einsicht der Gegenwart entspricht.
2. Der Solidarismus bewirkt durch die Verwirklichung des gesunden Humanismus und Humanität in allen Lebensbeziehungen und weltlicher Duldung.
3. Er bedeutet somit den Fortschritt, der auf der Grundlage einer Verbindung der politischen, ökonomischen und kulturellen Klassen, Standes- und Berufsgruppen zu erfolgen kann.
4. Es liegt im Wesen des Solidarismus, daß er nicht nur die Sinne der Verantwortlichen in der Arbeit der Menschheit ausweitet, daß er aber darüber hinaus mit der Verwirklichung der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit verbunden ist.
5. Der Solidarismus hat seinen Schwerpunkt im Ethischen, daher tritt das Ethische und Ethische zuerst, aber nicht zu vernachlässigen, das heißt die menschlichen Beziehungen bleiben Mittelpunkt des einzelnen Individuums.
6. Der Solidarismus verkennt aber nicht, daß höchstes Handeln nur möglich ist, wenn eine tiefgegründete Heberzeugung vorhanden ist. Die gläubigen Christen aller Konfessionen werden daher den Kern dieser Kampfguppe bilden.
7. Anzuerkennen wie Protestanten erkennen die Verantwortlichen der Verteidigung der bedrohten christlichen Kultur. Sie wissen aber, daß sie in wirtschaftlicher Beziehung als solche, die das Eigentumsrecht anerkennen, während sie den unchristlichen Kapitalismus bekämpfen, die mittlere Linie schaffen können, wästen und werden, auf der sich die verschiedenen wirtschaftlichen Systeme finden.
8. Zusammenfassend: Die deutsche Politik muß sich auf lange Sicht einstellen. Gefundung von innen heraus, eine Wirtschaftsordnung im christlich-bürgerlichen Geiste, eine Verbindung von Volk zu Volk wird nur erreicht durch die Erringung des Ideals des Solidarismus.

## Naturreine Weine

8000 Taler — Rot Bordeaux — Weiße Rhein- und Moselweine  
Feine Läder — Schwar Kognak — Rum — Weinbrand  
8. Spahnstraße Wein- und Branntwein-Handlung  
Kampmannstraße: Dresden, Altonastraße 5, Feuerwehrrhof.  
Kampmannstraße 8, neben der Kreuzenapotheke.



Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zinsen- und Gewinnanteilscheinen.  
An- u. Verkauf fremder Goldsorten.  
Scheckverkehr.

# Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

[900]

Ostra-Allee 9 im „Haus der Kaufmannschaft“ — Schlachthofring 7  
Wettinerstr. 56, Hauptmarkthalle — Eliasplatz 3 — Kaiserstr. 11

Einziehung u. Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlhöfen unter Verschluss des Mieters und Mietverschluss der Bank.

## Franz Rath

Feine Mass-Schneiderei  
Reichhaltiges Stofflager — Stoffverkauf  
Solide Preise — Erstklassige Ausführung

Chemnitz

Königsstrasse 14, l. links  
Fernruf 3451

## Strümpfe

Lager in Strumpfwaren, Trikotagen. Mechanische Strickerei  
Osk. Köhler, Strumpfwirk-Matr. Dresden, Alaunstr. 14.

## Afrikanischen Weine

Die so beliebten  
der Weißen Väter sind wieder  
lieferbar. Geft. Anfragen erbitlen  
C. & H. Müller, vereidigte  
Flape bei Kirchhunden.  
Vertrieber: Joh. Töpfer, Leipzig-G., Straßburger Str. 12

## Kebu Katholiken-Ehebund

vermittelt auf neuzeitlichem, schriftlichem Wege das Bekanntwerden nur von Katholiken zum Zwecke der Ehe. Streng diskret, taktvollste Form. Weitaus Verbreitung in allen Ständen und Berufsarten; daher unbedingt Erfolg. Keine gewerbsmäßige Heiratsvermittlung. Prospekt gegen Einsendung von 2 Mark vom  
Kebu-Verlag, Berlin-Wilmersdorf I (Abt. A)  
Zusendung erfolgt verschlossen ohne Aufdruck.

## Gebr. Eichhorn

Dresden, Trompeterstr. 17.  
Kinderwagen  
Klappsportwagen  
Promen.-Wagen  
Leiterwagen  
Stubenwagen  
Kindermöbel  
Kinderbetten und Matratzen  
Massen-Auswahl!  
Erneuerung von Gummireifen und Reparaturen in la Ausführung.  
Billigste Preise.

Korbwaren - Seilerwaren  
Abstreicher - - - Matten  
J. Böppel, Dresden-N.  
Obergraben 3, Kamener  
Straße 22, Ammonstraße 27  
(Lomneck Nachf.) 95

H. Hutblumen 2 M., 4 M., 6 M.  
Ranken . . . 2 M., 4 M., 6 M.  
Flügel . . . . . 2 M.  
Straußfedern, 1/2 m lang, 25 M.  
do. . . . . 3 M.  
Reiherbüsche, echt, 25b. 500 M.  
do. imitiert, 3 b. 10 M.  
Vasenblumen, Früchte,  
Palmen, Blumenstöckchen  
Kranzblumen  
Metallkränze  
Gold- und Silberkränze  
Am billigsten ist immer  
Hesse, Dresden, Scheffelstr. 12

Robert Scheunert  
Fleischermeister  
Dresden-N., Tichatschekstr. 10  
431 Fernsprecher 14 357  
empfiehlt sich wert. Vereinen, gemeinnützigen Anstalten u. Stiften, sowie einer geehrten Privatkundschaft zur Lieferung von prima Fleisch- u. Wurstwaren

## Geschäfts-Anzeiger

### Bautzen

Handschuhmacher u. Bandagist  
Josef Rother  
Kornmarkt - Ecke, am Theater.

### Dresden

Große Möbel - Ausstellung  
Dresden-A, Altmarkt — Herzfeldhaus  
Preiswerte Ausstattungen  
Korb & Co., Möbel-Innendekoration

Gold- und Silberwaren Fernsprecher 18 178  
Reiche Auswahl. — Reparatur und Neuarbeiten.  
Theodor Scholze, Schloßstraße 5 a.

Pelzwaren, Hüte, Mützen, Pelzaufbewahrung.  
H. Padberg, Kürschnerstr. u. Mützenmacher.  
Louisenstraße 70, Fernruf 14 280.

Blumen- und Pflanzenhandlung  
Marg. Schuster, Krenkelstr. 24, Fernruf 28 500.  
Anfertigung aller Bindereien und Dekorationen.

Schuhwarenlager  
Rudolf Dörschmidt  
Rosenstraße 29 b

Briefordner-Fabrik Cito  
und Buchbinderei  
Dresden-A. l. - J. Brendel, Fernspr. 26 512  
empfiehlt sich zur  
Anfertigung aller Buchbinder-Arbeiten.

### Buchbinderei u. Bildereinrahmung

Reinhold Diebner  
Blasowitz-Dresden, Schillerplatz 10  
Fernsprecher - Nebenanschluß 31 801  
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher in Fach schlagenden Arbeiten.

Malerarbeiten werden schnellstens und zu mäßigen Preisen ausgeführt. B. Persich, Malermeister, Bergmannstraße 11. Fernsprecher 80 520.

### Leipzig

Parkettfußboden Arbeiten aller Art, auch für auswärtig übernimmt  
Otto Elbinger, Kantstraße 17, Fernspr. 35 228

Kürschnerei  
Joseph Schremmer, Leipzig, Rudolfstraße 5  
Neuanfertigung, Reparaturen und Umarbeitung

Installation elektr. Licht- und Kraftanlagen  
Umänderung Beleuchtungskörper  
von Lampen u. s. w.  
Rich. Hildebrand Nachf., Inh. F. Schiller,  
Laden: L-Schleußig, Könnertstraße 22  
Wohnung: L-Gohlis, Briestr. 35 I, Fernr. N.

Gebrüder Rockmann  
Leipzig-Reudnitz  
Dresdner Str. 75

Herren- und Knaben-Konfektion  
Anfertigung nach Maß

Buchbinderei von Franz Harmuth  
Leipzig, Lindenstraße 10,  
Fernsprecher 18 715, Wohnung: Thomasiusstr. 11.

Kirchenmalerei  
Weststr. 29 Heinrich Hinrichs Fernspr. 11 028

Max Schacke  
Dresden, Nicolaistr. 30, II.  
Seelische  
Behandlung  
Spezialbehandlung  
bei Nerven- und  
Gemütszuständen  
Fernspr. 29904. Sprechzeit  
9-12 vorm., 4-6 nachm.

Sortenechte und zuverlässige  
Gemüse- und  
Blumen-Samen  
Jahn & Hampel  
Samenhandlung  
Dresden-N. 1. Jahnstr. 4  
am Wettiner Bahnhof.  
Fernsprecher 18101. 608

# Billige Galzheringe

Nach Räumung alter Bestände können nunmehr durch den Kleinhandel unsere billigen Sorten zu 25 bis 40 Pf. das Stück an das Publikum abgegeben werden. Ferner sind jetzt durch uns ca. 50000 Faß vorzüglicher holländischer Heringe in den Handel gebracht, welche an das Publikum zu 50 bis 70 Pf. das Stück durch den Kleinhandel abgegeben werden können

Man verlange unsere vollwertige Ware in den einschlägigen Geschäften. Bei Abnahme von mindestens 33 Faß kann direkt von der Galzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Französische Straße 14, bezogen werden

Galzherings-Einfuhr-Gesellschaft \* Reichsfischverforgung  
m. b. H. Berlin G. m. b. H. i. S.

In 4 Wochen 15 Jahre jünger!  
von Dr. Carl Ludwig Monar, Universitätsklinik Bonn  
Wer nur die ersten Zeilen des Verfassers liest, weiß, daß er in diesem Buche einen Schatz in Händen hält! Diese neue, fast kostenlose Kur u. unsagbar einfachen Ratschläge bringen uns zurück, wonach wir uns alle sehnen: Jugendl. Kraft und Frische  
reinen Teint, heiteren Sinn  
Ohne Mixturen und Mittelchen!  
Preis Mk. 12.— frei bei Voreinsendung durch Buchverand.  
P. Manegold  
Dresden 34, Ankerstr. 1 (408)

Exquisit  
Bester aller  
Weinbrand  
B. L. Kempe & Co. Aktiengesellschaft, Oppushaus  
St. Amand  
Die Perle der  
Liquore